Nr. 239. Halle a. S., Dienstag den 11. Oktober 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" Unterhaltungsbeilage, durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Lächerlichkeit tötet.

Die Meinung über den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung des Deutschen Reiches ist bei den herrschenden Klassen eine außerordentlich verschiedene. Die einen haben Bismarck, der nur sehr widerwillig und aus Furcht vor den üblen Nachwirkungen des Sozialistengesetzes zu einem Vorgehen auf sozialpolitischem Gebiete sich entschloß, dafür förmlich in den Himmel gehoben; sie taten, als seien die Leistungen sämtlicher Staatsmänner der Weltgeschichte dadurch tief in den Schatten gestellt. Bismarck selber wird dies Lob mit sauer-süßer Miene aufgenommen haben. Die anderen wiederum fanden, daß man den Arbeitern zu viel Zugeständnisse gemacht und das Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt allzu sehr beschleunigt habe. Wieder andere — namentlich das Zentrum — übernahmen eine demagogische Rolle, indem sie in anscheinend überquellender Begeisterung sich in den schönsten Redensarten vom „Arbeiterschutz" ergingen und dabei die Gesetzgebungsmaschine möglichst zu hemmen suchten. Die Unternehmer jammerten, sie seien zu sehr belastet worden, das mache die Konkurrenz unfähig der Industrie des Auslandes gegenüber. „König" Stumm schließlich fluchte noch in seinen letzten Tagen der sozialpolitischen Gesetzgebung und bekannte sich zu der Ueberzeugung, dieselbe habe nur der Sozialdemokratie Nutzen gebracht.

Eugen Richter und die Seinen haben nie auch nur einen Schimmer von Verständnis für die sozialpolitische Gesetzgebung gezeigt.

Unter diesen Umständen ist es vollständig begreiflich, daß die sozialpolitische Gesetzgebung ins Stocken geraten ist und daß es aller Anstrengungen der Arbeiterbewegung bedürfen wird, die Regierung weiter vorwärts zu treiben. Die Nachricht, die Regierung beabsichtige einen Gesetzentwurf behufs **Einführung des Zehnstundentages** für erwachsene männliche Arbeiter an den Reichstag zu bringen, scheint vollkommen aus der Luft gegriffen zu sein. Bismarck erblickte bekanntlich den Abschluß seiner Sozialpolitik in dem Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz; weiter wollte er überhaupt nicht gehen.

Nach diesen Erfahrungen ist es von Interesse, was ein Gelehrter der nationalliberalen Partei, der Dr. **von der Borght**, in seinem soeben erschienenen Werke über die **Grundzüge der Sozialpolitik** über die Frage der Weiterführung der sozialpolitischen Gesetzgebung sagt. Die Stellung der Nationalliberalen ist in diesen Dingen, wie sonst auch, keine entschiedene. Man betrachtet diese Partei mit Recht als eine Vertretung des liberalen Unternehmer- und Kapitalistentums; sie hat einen „sozialpolitischen" Flügel, in dem sich aber auch hartgesottene Reaktionäre befinden. Als Vertreter des modernen Industrialismus haben diese Elemente einen schweren Stand gegenüber den demagogischen Künsten der Junker. Die letzteren freuen sich ungeheuer, wenn die Industrie mit sozialpolitischen Gesetzen „gepisackt" wird, und haben deshalb der Regierung in diesen Dingen ihre Unterstützung geliehen; sie selber aber haben sich und ihre landwirtschaftlichen Betriebe möglichst außerhalb des Bereichs der sozialpolitischen Gesetzgebung gehalten, und der bürgerliche Liberalismus hatte nicht den Mut und auch nicht die Macht, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Leider, denn den Arbeitern in Stadt und Land kann dieser edle Wettstreit nur von Nutzen sein.

Herr v. d. Borght, die wissenschaftliche Größe des Nationalliberalismus, vereinigt in seiner Behandlung der in Rede stehenden Materie alle die Eigenschaften, die den deutschen Nationalliberalismus im In- und Auslande so sehr in Verruf gebracht haben. Die größte Gefahr liegt für diesen „Arbeiterfreund" in einer etwaigen „Ueberstürzung".

Man könnte sich begnügen, darüber zu lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Was vor Begründung des Deutschen Reiches an Arbeiterschutz vorhanden war, konnte auch nicht einmal als ein richtiger Anfang bezeichnet werden. 1867 kamen im Reichstage die ersten Bemühungen der Sozialdemokratie zum Schutze der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung zum Ausdruck. Sie fielen vollständig zu Boden. Die Gewerbeordnung mit ihren kümmerlichen Schutzbestimmungen blieb so ziemlich alles, und das in derselben enthaltene Koalitionsrecht bleibt bekanntlich auf dem Papier, wenn es den Unternehmern und der Polizei nicht gefällt.

Zehn Jahre später trat die Sozialdemokratie mit einem umfangreichen Arbeiterschutzgesetz in die Schranken, das wiederum unter den Tisch fiel, und erst vier Jahre später, nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, kam der Sozialdemagoge Bismarck mit seiner „Sozialreform", von der er und seine Komplizen glaubten, sie werde die deutsche Arbeiterklasse auf immer von der Sozialdemokratie abziehen.

Und heute, siebenunddreißig Jahre nach den ersten Anträgen der Sozialdemokratie in dieser Richtung, haben wir **noch nicht**, was doch der Grund- und Eckstein jeder sozialpolitischen Gesetzgebung sein soll, einen **Maximalarbeitstag** für erwachsene männliche Arbeiter; die Arbeitszeit der Männer ist gekürzt worden durch die Kämpfe und Siege der Arbeiterorganisationen.

Unter diesen Umständen erscheint es einfach komisch, wenn vor „Ueberstürzung" gewarnt wird. Die Regierungen haben sich wahrlich Zeit gelassen, trotz der bekannten Erlasse des Kaisers vom Jahre 1890.

Die Unternehmer werden ganz zufrieden sein, wenn es langsam geht oder ein gänzlicher Stillstand eintritt. Bei den Arbeitern ist es anders. Aber der große Gelehrte v. d. Borght steht der Wirklichkeit vollkommen fremd gegenüber. Er urteilt über Dinge ab, die für die Arbeiterklasse Lebensfragen sind, und doch kennt er die Arbeiterwelt so wenig, daß er behauptet, sowohl die Arbeitgeber **als auch die Arbeiter** könnten „trotz des guten Zwecks durch das gleichzeitige Anfassen **vieler** sozialpolitischer Aufgaben und durch **schnelle Aufeinanderfolge** der Ereignisse **beunruhigt** und **unzufrieden** gemacht werden" usw. Man traut seinen Augen kaum, wenn man einen solchen Unsinn liest. Seit mehr als dreißig Jahren gründen die Arbeiter in Deutschland Organisationen und stellen ihre sozialpolitischen Forderungen; sie kämpfen um dieselben in Ausständen, soweit sie von den Unternehmern, sie kämpfen in der Presse und in Versammlungen, soweit sie von Staat und Gesellschaft Zugeständnisse verlangen. Die ganze Zeit ist von diesem Kampfe bewegt; die Wahlen werden von demselben beherrscht; jahraus, jahrein ertönt der Ruf der Arbeiter, daß sie bei den Regierungen und den herrschenden Klassen auf die größte Hartnäckigkeit stoßen — und aus alledem will ein nationalliberaler Gelehrter das Fazit ziehen, es könnte die Arbeiter „beunruhigen" und „unzufrieden" machen, wenn man ihnen zu viel Zugeständnisse auf einmal machen wollte. Darum nur „kein schnelles Eingreifen"!

Und solch ein Mann wird von der Partei, die sich für „die Partei des gebildeten Bürgertums" ausgibt, als eine Autorität gepriesen!

Wir gratulieren zu solchen Autoritäten. Nichts kann uns eine bessere Bürgschaft für den künftigen Triumph unserer Sache geben, als wenn unsere Gegner die Zeit absolut nicht mehr verstehen und so täppisch mit der Stange im Nebel umherfahren, daß die Sache, die sie vertreten wollen, lächerlich wird. Und die Lächerlichkeit ist bekanntlich tödlich, oder sollte es wenigstens sein.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 10. Oktober 1904.

Kolonialkrieg ohne Ende.

„Der Widerstand der **Hereros** ist gebrochen!" kabelte dieser Tage der afrikanische Weltfeldmarschall nach Europa herüber. Die offiziöse Presse tat sehr erfreut, und in Berlin trat flugs ein Komitee zusammen, das für ein Alt-Wilhelmsdenkmal in Windhuk fechten ging.

Indes man Feste froh bereitete, wendete sich jählings das Bild. Die **Witbois**, jener südwestafrikanische Stamm, der bisher den Deutschen am treuesten ergeben war, haben plötzlich die Fahne der Rebellion erhoben. Sie sind ein tapferer, in deutschem Militärdienst erprobter Stamm und sind bisher die besten Vortruppen der Deutschen im Kampfe gegen die Hereros gewesen.

Gleichzeitig aber stellt sich heraus, daß die Nachricht **Trothas** von der Niederwerfung der Hereros **stark übertrieben ist**. Die Hereros stellen sich den Deutschen nicht mehr zum offenen Kampfe, aber noch ziehen sie bewaffnet und für die deutschen Truppen unerreichbar im Lande umher. Noch sind sie also in Verein mit anderen Stämmen im stande, der Kern einer sehr gefährlichen Kriegsmacht zu werden.

Bei den **Bastards** — einem Stamm, der aus der Vermischung von Buren und Hottentotten hervorgegangen ist — gärt es. Die Bastards sind vorzügliche Reiter und sichere Schützen.

Zum Ueberfluß haben die **Ovambos** im Norden gegen die Portugiesen überraschende Erfolge errungen und tatsächlich vermehrt sich die Gefahr, daß ihr Aufstand nach den deutschen Kolonien seine Flammen schlägt.

Aus alledem ergibt sich, daß sich Deutschlands Situation in Südwestafrika seit dem Ausbruche des Hererokrieges nicht nur nicht gebessert, sondern ungeheuer verschlechtert hat. „Wenn der Aufstand", schreibt die kolonialfreundliche Nationalzeitung,

---

59] (Nachdruck verboten.)

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von **Berta v. Suttner**.

„Die Gefahr, daß Frieden geschlossen wird, rückt immer näher", klagte eines Tages mein Bruder Otto.

Wir saßen eben wieder um den Familientisch — Friedrich auf seinem Ruhebett daneben — und es hatte jemand aus der Zeitung die Nachricht vorgelesen, daß Benedetti in Böhmen angekommen sei — offenbar mit der Sendung betraut, Friedensvorschläge zu unterbreiten.

Nichts fürchtete mein kleiner — er war zwar schon groß, doch hatte ich die Gewohnheit, ihn so zu nennen — mein kleiner Bruder so sehr, als daß der Krieg ein frühzeitiges Ende nehme und daß es ihm nicht beschieden wäre, den Feind aus dem Land zu jagen. Es war nämlich aus Wiener-Neustadt die Nachricht erfolgt, daß, falls die Feindseligkeiten wieder aufgenommen würden, dann bei der nächsten, am 18. August folgenden Ausmusterung nicht nur die Zöglinge des letzten, sondern auch mehrere des vorletzten Jahrganges sogleich in aktiven Dienst treten dürften. Diese Aussicht versetzte den jungen Helden in Entzücken. Gleich aus der Akademie in den Krieg — welche Wonne! Aehnlich freut sich eine Pensionatsschülerin, hinaus in die Welt — auf den ersten Ball. Sie hat tanzen gelernt — der Neustadter Schüler lernte schießen und fechten —; sie sehnt sich, unter einem angezündeten Kronleuchter, in festlicher Toilette, bei Orchesterklang, ihre Kunst zu entfalten, und er sehnt sich nicht minder nach der schmucken Uniform und nach dem großen Kanonenkotillon.

Der Vater war über dieses soldatische Feuer seines Lieblings natürlich hoch erfreut:

„Sei ruhig, mein tapferer Junge," erwiderte er auf Ottos Seufzer über den drohenden Frieden, und klopfte ihm beifällig auf die Schulter; „Du hast ein langes Leben vor Dir. Wenn auch jetzt der Feldzug zu Ende wäre, in den nächsten Jahren muß es doch wieder losgehen."

Ich sagte nichts. Seit meinem letzten Ausfall gegen Tante Marie hatte ich, auf Friedrichs Weisung, den Vorsatz gefaßt und ausgeführt, die leidigen Streitereien über das Thema Krieg möglichst zu vermeiden. Es konnte ja zu nichts führen, als zu Bitterkeiten; und seitdem ich die Spuren der grausigen Geißel mit eigenen Augen gesehen, hatte sich mein Haß und meine Verachtung des Krieges so vertieft, daß mir jede Verteidigung desselben wie eine persönliche Beleidigung in die Seele schnitt. Mit Friedrich waren wir ja einig: er würde austreten; und darüber war ich auch im klaren: mein Sohn Rudolf würde in keine militärische Anstalt getan, wo die ganze Erziehung darauf eingerichtet ist — und folgerichtig eingerichtet sein muß — in den Jünglingen die Sehnsucht nach kriegerischen Taten zu wecken. Ich forschte meinen Bruder einmal aus, was denn so die Ansichten seien, welche den Schülern in Bezug auf den Krieg beigebracht werden. Aus seinen Antworten ging ungefähr folgendes hervor: Der Krieg wird als ein notwendiges Uebel hingestellt (also doch Uebel — ein Zugeständnis dem Geiste der Zeit), zugleich aber als der vorzüglichste Erwecker der schönsten menschlichen Tugenden, die da sind: Mut, Entsagungskraft und Opferwilligkeit, als der Spender des größten Ruhmesglanzes und schließlich als der wichtigste Faktor der Kulturentwickelung. Die gewaltigen Eroberer und Gründer der sogenannten Weltreiche — die Alexander, Cäsar, Napoleon — werden als die erhabensten Beispiele menschlicher Größe angeführt und der Bewunderung empfohlen; die Erfolge und Vorteile des Krieges werden auf das lebhafteste herausgestrichen, während man die in seinem Gefolge unabweisbar eintretenden Nachteile — Verrohung, Verarmung, moralische und physische Entartung — gänzlich mit Stillschweigen übergeht. — Nun ja; nach demselben System ward ja auch in meinem — im Mädchen-Unterricht vorgegangen; dadurch war in meinem kindlichen Gemüt die Bewunderung für die Kriegslorbeeren entstanden, die mich einst beseelte. War ich doch selber von Bedauern erfüllt gewesen, daß mir nicht, wie den Knaben, die Möglichkeit winkt, solche Lorbeeren zu pflücken — konnte ich es nun einem Knaben verargen, daß ihn diese Möglichkeit mit Freude und mit Ungeduld erfüllte?

Und so antwortete ich denn nichts auf Ottos Klageruf, sondern setzte ruhig meine Lektüre fort. Ich las, wie gewöhnlich, eine Zeitung, und diese war — auch wie gewöhnlich — mit Berichten vom Kriegsschauplatz gefüllt.

„Da ist eine interessante Korrespondenz eines Arztes, der den Rückzug unserer Truppen mitgemacht hat . . . soll ich laut lesen?" fragte ich.

„Den Rückzug?" rief Otto. „Das möchte ich lieber nicht hören. Ja, wenn es die Geschichte vom Rückzug des verfolgten Feindes wäre —"

„Es nimmt mich überhaupt wunder", bemerkte Friedrich, „daß jemand etwas von einer mitgemachten Flucht erzählt; das ist eine Kriegsepisode, über welche die Beteiligten zu schweigen pflegen."

„Ein geordneter Rückzug ist noch keine Flucht", fiel mein Vater ein. „Da hatten wir einmal im Jahre 49 — es war unter Radetzky —"

Ich kannte die Geschichte und hinderte deren Abrollung, indem ich unterbrach:

„Dieser Bericht war an eine medizinische Wochenschrift eingesendet, daher nicht für militärische Kreise bestimmt. Hört zu."

Und ohne weiter um Erlaubnis zu fragen, las ich die Stelle vor:

„— — Um vier Uhr fingen unsere Truppen zu retirieren an. Wir Aerzte waren noch vollauf beschäftigt mit dem Verbinden der Verwundeten — deren Zahl einige Hundert — welche noch der Abfertigung harrten. Plötzlich sprengte Kavallerie auf uns heran und stürmte neben und hinter uns über Hügel und Felder — gleichzeitig Artillerie- und Fuhrwesenwagen — gegen Königgrätz zu. Viele Kavalleristen stürzten und wurden von den nachstürmenden Pferden völlig zerstampft. Wagen fielen um und zerdrückten die sich dazwischen drängenden Fußgänger. Wir wurden vom Verbandplatze, der plötzlich verschwand, auseinandergeworfen. Man rief uns zu ‚Rettet euch'. Inmitten dieses Geschreies hörte man noch den Donner der Kanonen, und Granatsplitter fielen in unsere Massen. So wurden wir von der Menge fortgedrückt, ohne zu wissen, wohin. Ich hatte mit dem Leben abgeschlossen. Meine alte Mutter . . . meine heißgeliebte Braut, lebt wohl! . . . — Plötzlich hatten wir Wasser vor uns; rechts einen Eisenbahndamm, links einen Hohlweg, vollgestopft mit schwerfälligen Requisitions- und Verwundetenwagen, und hinter uns noch eine unabsehbare Reihe von Reitern. Wir wateten durch das Wasser. Jetzt kam Befehl, die Stränge der Pferde abzuschneiden, die Pferde zu retten und die Wagen zurückzulassen. Auch die Wagen der Verwundeten? Ja — auch die. Wir Fußgänger waren der Verzweiflung nahe; wir wateten wiederholt bis über die Knie im Wasser, in der Angst, jeden Augenblick niedergestoßen zu,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041011-15/fragment/page=0001
DFG

„wirklich ganz Deutsch-Südwestafrika ergreifen sollte, dann würde Deutschland gezwungen sein, einen Kolonialkrieg zu führen, dessen Wirkungen unabsehbare wären.“

Wir stehen also allem Anscheine nach an einem Anfang. Die 10 000 Mann, die heute drüben in Afrika stehen, sind erst eine kleine Avantgarde, die Millionen und Abermillionen, die der Hererokrieg gekostet hat, sind nur eine kleine Anzahlung. Die paar hundert Leute, die dem Typhus oder feindlichen Geschossen zum Opfer gefallen sind, werden kaum mehr mitzählen, wenn das deutsche Volk die ganze afrikanische Blutrechnung durchmaustern wird!

Südwestafrika will für uns werden, was Südafrika für England gewesen ist, und der Unterschied zwischen den beiden weltpolitischen Abenteuern wird nur der sein, daß die Niederwerfung der Buren für England ein glattes kapitalistisches Geschäft war, während wir Deutsche uns mit dem „Ruhme“ eines teuer erkauften, schwergewonnenen Sieges über ein paar Negerstämme werden genügen lassen müssen. Würde ein Kapitalist versuchen, ein Unternehmen, das jährlich 6 Millionen Defizit hat, durch einen neuen Kapitalsaufwand von Hunderten von Millionen zu sanieren, so wäre ihm das Zuchthaus gewiß. Aber durch Erwägungen solcher Art werden sich unsere führenden Staatsmänner nicht daran hindern lassen, für „Deutschlands Ehre“ in Afrika den letzten Mann und den letzten Groschen dranzusetzen.

Ein kostspieliger Sport! Aber auch ein Vergnügen, über ein Volk zu regieren, daß sich solchen Regierungssport gefallen läßt, und über einen Reichstag zu verfügen, der die Mittel dazu bewilligt.

Die Antwort Amerikas auf den Ballin-Skandal.

Die amerikanische Presse warnt dringend die östreichischen Auswanderer davor, ihren Weg über Deutschland zu nehmen, damit sie nicht den Ballin-Agenten in die Hände fallen. Die Folge wird sein, daß die Auswanderer nicht mehr über Hamburg oder Bremen auswandern sondern über einen der Mittelmeerhäfen.

Das Berliner Tageblatt bemerkt dazu: „Sind erst einmal solche neuen Linien in Aufnahme gekommen, dann bleiben sie auch unter veränderten Verhältnissen in Flor. Das werden die deutschen Schiffahrtsgesellschaften am eigenen Leibe zu spüren haben. Leidtragend ist in jedem Falle aber auch die preußische Staatsbahnverwaltung. Denn ihr entgehen die Einnahmen, die aus der Bewegung von Auswanderermassen fließen, die sich auf Zehntausende und Zehntausende belaufen. So rächt sich eine Politik, die weder unter dem wirtschaftlichen noch unter dem humanen Gesichtspunkt zu rechtfertigen ist.“

Inzwischen werden neue Taten der Ballin-Polizei bekannt. In Königsberg traf ein Russe ein, der mit Paß und reichlichen Geldmitteln versehen war und zu seinem Bruder nach London reisen wollte. Auf Betreiben der Schiffahrtsgesellschaften wurde ihm das nicht gestattet u. er in Eydtkuhnen festgehalten, da er sich weigerte, durch den Kauf eines Billetts von den deutschen Schiffahrtsgesellschaften nach Amerika sich die Durchreise durch Deutschland nach London zu öffnen. Der Festgehaltene hat auf das nachdrücklichste die Intervention des russischen Konsulats angerufen, auf dessen Forderung hin der Russe freigelassen werden mußte. Rechtsanwälte beschäftigen sich mit der Frage, ob nicht eine Erpressung vorliegt, und zweifellos ist das der Fall.

Die alte, schon vor Monaten aufgedeckte Praxis wird also lustig weiter betrieben. So lange sie im Dunkel des Geheimnisses sich vollzog, brauchte die Regierung nichts zu wissen. Daß sie aber, nachdem die Tatsachen völlig offenkundig geworden sind, nichts tut, um das liebliche Bündnis zwischen der dividendenhungrigen Schiffahrtsgesellschaft und der Polizei zu zerreißen, macht sie zum Mitschuldigen an der Sache.

Manöver und Schiedsrichter.

Ein englischer Kriegsberichterstatter gab eine eingehende Schilderung von einem Angriff, den das Gardekorps in den letzten Kaisermanövern ausführte. Der Angriff wurde auf eine Entfernung von 1600 Metern begonnen und in dichten Linien sowie mit geschlossenen Reserven ohne jede Unterbrechung, also auch ohne Aufnahme eines Feuergefechts bis in die gegnerische Stellung, die von 60 Geschützen und 10 000 Gewehren verteidigt wurde, ausgeführt. Das Terrain war eben und bot keinerlei Deckung. Der ganze Angriff dauerte nur zwanzig Minuten! Den Engländer, der mehrere Feldzüge mitgemacht hat, erinnerte diese Taktik an Omdurman, also an das blinde Drauflosstürmen halbwilder Derwische gegen die englischen Karees. Gewiß ein sehr schmeichelhafter Vergleich! „Die Schiedsrichter“, schrieb er verwundert, „rührten sich nicht.“

Die preußische Felddienst-Ordnung vom 1. Januar 1900 behandelt das Amt der Schiedsrichter in einem eigenen Abschnitt. Nach Ziffer 616 Absatz 3 der Felddienst-Ordnung sind in den Kaisermanövern, wohlgemerkt, nur besonders tüchtige Offiziere als Schiedsrichter zu verwenden. Der Absatz lautet wörtlich:

„Bei den Kaisermanövern werden die Schiedsrichter allerhöchsten Orts bestimmt. Ihnen werden durch den Chef des Generalstabs der Armee Offiziere des Generalstabs und des Kriegsministeriums zugeteilt. Der Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements und der Oberquartiermeister finden bei den Kaisermanövern stets als Schiedsrichter Verwendung.“

Und die Ziffer 614 Absatz 2 bestimmt: „Die Schiedsrichter dürfen nur die taktische Lage und nicht den beabsichtigten Gang des Manövers im Auge haben. Dieselben Umstände, die im Krieg über Sieg und Niederlage entscheiden, müssen auch im Frieden ihrem Ausspruche zu Grunde liegen. Einem zu schnellen unkriegsgemäßen Verlauf der Gefechte ist entgegenzuwirken.“

Und in Ziffer 618 Absatz 2 ist zu lesen: „Die Beobachtungen über die beiderseitige Waffenwirkung bilden die Grundlage für die Entscheidung.“

War die Beschreibung des Engländers vom Angriff der Garde richtig — er wird sie kaum aus den Fingern gesogen haben — so ergibt sich, daß die Schiedsrichter im Kaisermanöver trotz ihrer besonderen Stellungen entweder die Ziffern 614 und 618 der Felddienst-Ordnung nicht kannten oder nicht anwendeten. Es kann doch kein Zweifel sein, daß ein Angriff auf eine 1600 Meter entfernte wohlverteidigte Stellung „einen zu schnellen unkriegsgemäßen Verlauf“ nimmt, wenn er in 20 Minuten ausgeführt wird. Und ebensowenig ist es zweifellos, daß, wenn ein solcher Angriff als gelungen bezeichnet wird, die Beobachtung der Waffenwirkung des Verteidigers nicht genügend war.

Die bekannten Eigentümlichkeiten der Kaisermanöver werden in der Armee, im Reichstag und auch vom Volk viel zu leicht genommen. Im Frieden bedeutet die Sache freilich wenig, denn die einzelnen Korps werden durchschnittlich nur alle 5—7 Jahre zu Kaisermanövern herangezogen. Sollte aber im „Ernstfalle“ die Kaisermanöver-Taktik angewendet werden — und die Manöver sollen doch auf den „Ernstfall“ vorbereiten — dann wehe unseren Soldaten, Reservisten und Landwehrleuten! Es wird ihnen genau so ergehen wie den Derwischen, die am 2. September 1898 bei Omdurman 11 000 Tote und 16 000 Verwundete am Platze ließen, während die siegreichen Engländer nur 150 Tote und 530 Verwundete hatten. —

Hofstrafprozeßordnung!

Die Verwandten der Kammerfrau Milewski sind in einem Briefe der Frau Henriette v. Esmarch, geb. Prinzessin von Schleswig-Holstein, an den Herzog Ernst Günther beleidigt worden. Sie reichten in Kiel, als dem Wohnort der Dame, Privatklage ein. Nach dem klaren Wortlaut der Strafprozeßordnung hätte die Klageschrift der Beschuldigten zugestellt werden müssen unter gleichzeitiger Bestimmung einer Frist zur Gegenerklärung. Das Kieler Schöffengericht aber zog es vor, die hohe Dame unbehelligt zu lassen und — prozeßordnungswidrig — den Klägern mitzuteilen, daß die Verhandlung über ihre Klage bis zur rechtskräftigen Erledigung des gegen Fräulein Milewski schwebenden Strafverfahrens ausgesetzt werde.

Kommt Zeit, kommt Rat! Wenn Fräulein Milewski die Diebin wäre, für die wir sie nach den bisherigen Ergebnissen des Verfahrens unmöglich halten können, wären dann etwa ihre Verwandten für alle prinzeßlichen Beleidigungen vogelfrei?

Berliner Einflüsse

sollen sich äußerst nachdrücklich in Detmold dahin bemerkbar machen, daß eine Kundgebung des lippeschen Landtags gegen den Kaiser verhindert werde. Trotzdem soll feststehen, daß der Landtag fest entschlossen ist, in noch schärferer Form gegen das Rominten-Telegramm zu protestieren, als es die lippesche Regierung bereits getan hat. Eine Mehrheit für den bereits entworfenen Antrag sei gesichert.

„Ebenbürtig.“

Der den Biesterfeldern von den Schaumburgern gemachte Vorwurf, ihre Ahnfrau Modeste v. Unruh sei nicht „ebenbürtig“ gewesen, wird durch den Hinweis quittiert, daß auch die Schaumburger im Fräulein v. Friesenhausen eine Ahnfrau haben, von der es in einem Schreiben an den Landgrafen von Hessen am 17. Juni 1723 heißt:

„Die von Friesenhausen ist 1. eine listige und liederliche Weibspersohn, welche, wie landkündig, sich mit verschiedenen Persohnen liederlich auf- und ein ärgerliches Leben und Wandel geführet, auch selbsten unser hiesiges Hauß geschimpfet.“

Der junge Erbgraf kümmerte sich um die üble Aufführung seiner Braut nicht, sondern ließ sich außer Landes trauen. König Friedrich Wilhelm I. von Preußen verwandte sich für das junge Paar. Die Gräfin Dorothea Amalie von Lippe aber forderte den König auf, „daß die Friesenhausen zur verdienten Strafe gezogen und von dem Sohn separieret werden möge“. Sie erklärte, dem Könige untertänigst melden zu müssen,

„wie besagte von Friesenhausen unter anderen wie sie vor wenig Jahren bey mir albier in Diensten gestanden, sich ohne mein Vorwissen mit einem in Frantzösischen Diensten stehenden Lieutenant von Westphalen liederlich gehalten, da sie unter andern einesmahls heimlicher Weise diesen Lieutenant zu sich auf mein Hauß allhier kommen lassen, und denselben 3 Tage und 2 Nachte auf ihrer Cammer gehalten, mit demselben in ein Bette gangen und aufgestanden, und also mein Hauß beschimpfet, dessen sie durch lebendige Zeuge, so ihr dabey behülfflich geweisen, noch allezeit überführen kan, wie solches ohnedem der von Westphalen gegen verschiedene selbsten bereits eingestanden. U. s. w. u. s. w.

Es ist nicht klug, die Frage der „Ebenbürtigkeit“ zu erörtern und dabei in alte Zeiten zurückzugehen. Denn wenn die Stallknechte reden könnten!

„Soldatenmißhandlungen in einem Milizheere.“

Mit welcher Gedankenlosigkeit der „Kampf mit geistigen Waffen“ geführt wird, beweist eine unter diesem Titel durch die ganze bürgerliche Presse schleichende Notiz, die dem Stil nach aus dem freisinnigen Zentralorgan stammen könnte. „Die Bebel und Genossen“, heißt es da, „stellen es regelmäßig so dar, daß an den Soldatenmißhandlungen einzig und allein das System schuld sei, die Organisation unseres Heeres, der Grundsatz der Manneszucht und der Unterordnung. Als einzig zum Ziele führende Maßregel zur Beseitigung der Mißhandlungen wird dann der Ersatz des stehenden Heeres durch eine Miliz verlangt. Jetzt muß es sich Herr Bebel mit seinen Freunden gefallen lassen, aus dem eigenen Lager heraus eines Besseren belehrt zu werden.“

Mit dieser sensationellen Einleitung wird eine schweizerische Korrespondenz der Frankf. Volksst. wiedergegeben, in der heftig Klage darüber geführt wird, daß eine Kompagnie an einem staatlichen Festtage bei strömendem Regen eine Stunde im Freien Instruktion halten mußte. Der Bericht schließt mit den Worten: „200 Mann hatten sich gegen diese schikanöse Behandlung beschwert, und nur auf freundliches Zureden des Majors, der bessere Behandlung versprach, unterließen sie weitere Schritte.“

Was in Deutschland noch eine sehr humane Behandlung ist, registriert das empfindliche Schweizervolk schon als Mißhandlung. Die Soldaten beschwerten sich, und der Major verspricht ihnen Besserung. Und dieser Bericht soll „Bebel und seine Freunde“ über ihre Milizforderung „eines Besseren belehrt“ und womöglich zum preußischen Reglement bekehrt haben!

Lehrer und Schulkompromiß.

Gegen drei Stimmen nahm der Essener Lehrerverein folgende Resolution an:

Der eigentliche Schulherr ist der Staat. Dieser fordert die Schule aus Gründen der Selbsterhaltung. Der Staat ist konfessionslos, also liegt die Konfessionsschule außerhalb seines Wesens; er fordert die Schule schlechthin, die nicht anders als simultan sein kann. Da aber diese Schule in konfessionell ungemischten Gegenden tatsächlich konfessionell gestaltet ist, so zeigt der Staat seinen Bürgern ein berechtigtes Entgegenkommen, wenn er gestattet, auch in konfessionell gemischten Gegenden nach Konfessionen getrennte Schulen einzurichten, falls die Gemeinden eine solche Trennung fordern und die notwendigen Schulzwecke nicht darunter leiden. Der Essener Lehrerverein sieht sich deshalb veranlaßt, gegen die beabsichtigte gesetzliche Festlegung der konfessionellen Volksschule Protest zu erheben, hält aber die Regelung der Schulunterhaltungspflicht für dringend notwendig.

Es ist bedauerlich, daß durch die zweite Hälfte der Resolution der im Anfang zum Ausdruck gebrachte grundsätzliche Standpunkt wieder aufgehoben wird.

Weshalb Soldaten fahnenflüchtig werden. Ein schlimmer Rekrutenschinder hatte sich vor dem Kriegsgericht der 18. Division in Flensburg in der Person des jetzigen Reservisten, ehemaligen Rekrutengefreiten und stellvertretenden Stubenältesten bei der 12. Kompagnie des 86. Infanterie-Regiments Hermann Thomsen wegen zahlreicher Mißhandlungen von Untergebenen zu verantworten. Sein Erziehungsmittel war die Klopfpeitsche. Dem Rekruten Wegewitz machte er durch fortgesetzte Mißhandlungen mit der Peitsche und durch Faustschläge ins Gesicht das Leben dermaßen sauer, daß er keinen anderen Ausweg wußte, als fahnenflüchtig zu werden. Er wurde jedoch bald ergriffen und verbüßt zurzeit seine Strafe in Spandau. Der Vertreter der Anklage erklärte, daß erst durch die Fahnenflucht des Wegewitz das Treiben des Thomsen zur Kenntnis seiner Vorgesetzten

---

werden und zu ertrinken. Endlich gelangten wir in einen Bahnhof, der wieder ganz verrammelt war. Viele durchbrachen die Verrammlung, die anderen sprangen darüber hinweg — ich lief mit Tausenden Infanteristen hinterher. Jetzt kamen wir zu einem Fluß — durchwateten ihn; dann sprangen wir über Pallisaden, gingen abermals bis an den Hals über einen zweiten Fluß, kletterten über Anhöhen hinauf, sprangen über gefällte Bäume und langten um 1 Uhr nachts in einem Wäldchen an, wo wir vor Erschöpfung und Fieber niedersanken. Um 3 Uhr marschierten wir — das heißt ein Teil von uns, ein anderer Teil von uns mußte zurückbleiben, da zu sterben — marschierten wir, noch triefend vor Nässe und Kälte, weiter. Die Dörfer alle leer — keine Menschen, keine Lebensmittel, nicht einmal Trinkwasser — die Luft verpestet. Tote auf den zerstampften Getreidefeldern, kohlschwarze Körper, die Augen aus den Höhlen —“

„Genug, genug!“ schrien die Mädchen.

„Solche Sachen sollte die Zensur gar nicht erlauben“, bemerkte mein Vater. „Es könnte einem die Freude an dem Soldatenstand verleiden —“

„Und besonders die Freude an dem Krieg, das wäre wirklich schade“, schaltete ich halblaut ein.

„Ueberhaupt“, fuhr er fort, „die Fluchtepisoden sollten diejenigen, welche dabei waren, anständigerweise verschweigen, denn es ist wahrlich keine Ehre, ein allgemeines „Rette sich wer kann!“ mitgemacht zu haben. Der Wicht, der mit dem Rufe ‚Rettet euch‘ das erste Signal zum Reißaus gibt, sollte sofort niedergeschossen werden. Ein Feiger ruft es und tausend Tapfere werden dadurch demoralisiert und müssen mitlaufen.“

„Gerade so“, entgegnete Friedrich, „wie wenn ein Tapferer ‚Vorwärts!‘ ruft, tausend Feige voranstürmen müssen, — und dabei auch wirklich von momentaner Tapferkeit durchglüht werden. Es lassen sich die Menschen überhaupt nicht so scharf in mutige und mutlose trennen, sondern ein jeder hat seine mehr oder minder kouragierten, sowie mehr oder minder feigen Augenblicke. Und besonders, wo es sich um Scharen handelt, hängt jeder einzelne von dem Zustand seiner Gefährten ab. Wir sind Herdengeschöpfe und werden von Herdengefühlen beherrscht. Wo ein Schaf hinüberspringt, springen die anderen nach; wo einer ‚Hurra‘ schreiend voransprengt, schreien die anderen nachsprengend mit; und wo einer die Flinte ins Korn wirft, um zu laufen, laufen die anderen nach. In dem einen Fall wird die ‚tapfere Truppe‘ laut gepriesen, im zweiten wird über ihr Vorgehen — geschwiegen, und es sind doch dieselben Leute. Ja, dieselben Menschen sind es, die je nach der Masseneinwirkung mutig oder mutlos sich gebärden und fühlen. Nicht als anhaftende Eigenschaften sind Tapferkeit und Furcht zu betrachten, vielmehr als Gemütszustände, gerade so wie Fröhlichkeit und Trauer. Ich bin während meines ersten Feldzuges einmal in den Wirbel einer solchen wilden Flucht geraten. In den offiziellen Aufzeichnungen des Generalstabes wurde das Ding zwar als ‚wohlgeordneter Rückzug‘ mit einigen Worten abgetan — es war aber eine richtige Deroute. Das tobte und kollerte und raste fort, in namenloser Verwirrung: die Waffen, die Tornister, die Tschakos und die Mäntel wurden weggeschleudert — kein Kommandowort mehr zu hören — keuchend, schreiend, verzweiflungsgepeitscht stoben die aufgelösten Bataillone dahin, der nachgesprungene und nachfeuernde Feind hinterher . . . Das ist unter den vielen grausamen Phasen des Krieges die grausamste: wenn die beiden Gegner nicht als Kämpfer sondern als Jäger und Wild fungieren. Hier kommt für den Jäger die roheste Mordlust, für das Wild die bitterste Todesfurcht zum Vorschein. Gehetzt und furchtgespornt, geraten die Verfolgten in eine Art Delirium; all die anerzogenen Gefühle und Gesinnungen, welche den in den Kampf sich Stürzenden beleben, — Vaterlandsliebe, Ehrgeiz, Tatendurst — die gingen dem Fliehenden verloren. Ihn erfüllt nur noch ein zu ganzer Gewalt entfesselter Trieb, und zwar der heftigste, der ein menschliches Wesen beherrschen kann: der Selbsterhaltungstrieb. Dieser steigert sich — je näher die Gefahr — bis zum höchsten Paroxismus der Qual. Auch wer solches niemals durchgemacht, kann — wenn anders er die Ertasen der Liebeswonnen kennt — sich einen Begriff von jener Schmerzenswut machen. Was für den auf das äußerste aufgestachelten Gattungstrieb der Augenblick der Wollust ist, das ist für den Erhaltungstrieb — gleichgradig, nur auf dem andern Ende der Skala — der Augenblick, da das erschöpfte Wild unter den Fängen der Meute zusammenbricht.“

„Aber Tilling“ kam es nun wieder in vorwurfsvollem Tone von Tante Marie — „Vor den Mädchen! Worte wie Wol—“

„Und vor einem Jüngling“, fügte mein Vater ebenso vorwurfsvoll hinzu, „vor einem angehenden Soldaten, Worte wie Todesfurcht —“

Friedrich zuckte die Achseln:

„Ich würde raten“, entgegnete er, „aus dem Lexikon vor allem das Wort Natur zu streichen.“

*

Friedrichs Genesung machte sichere Fortschritte. Auch die fiebernde Welt draußen schien ihrer Gesundung näher zu kommen: immer öfter und immer lauter wurde das Wort Friede gesprochen. Der Vormarsch der Preußen, welche auf ihrem Wege keinen Widerstand mehr fanden und welche über Brünn — dessen Schlüssel der Bürgermeister dem König Wilhelm überreicht hatte — ruhig gegen Wien zogen, dieser Vormarsch glich eher einem militärischen Spaziergang, als einem Kriegszug — und am 26. Juli wurde denn auch richtig zu Nikolsburg ein Waffenstillstand mit Friedenspräliminarien abgeschlossen.

Eine große Freude erlebte mein Vater an der eingelaufenen Nachricht von Admiral Tegethoffs Sieg bei Lissa. Italienische Schiffe in die Luft gesprengt — der „Affondatore“ zerstört: welche Genugtuung! Ich konnte mich an dem Entzücken nicht so recht beteiligen. Ueberhaupt konnte ich nicht recht verstehen, warum diese Seeschlachten noch geliefert wurden. Aber so viel ist gewiß, über das Ereignis brach — nicht nur bei meinem Vater — sondern in allen Wiener Blättern, der hellste Jubel aus. Der Ruhm eines kriegerischen Sieges ist etwas durch jahrtausendelange Tradition zu solcher Größe Aufgebauschtes, daß auf die Kunde eines solchen für das ganze Volk ein Stolzanteil entfällt. Wenn irgendwo ein vaterländischer General einen fremden General geschlagen hat, so wird jedem einzelnen Angehörigen des betreffenden Staates gratuliert, und da jeder hört, daß sich alle anderen freuen — was allerdings erfreulich ist — so freut sich schließlich in der Tat ein jeder. „Herdengefühle“ würde das Friedrich genannt haben.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041011-15/fragment/page=0002

gelangt sei. Einen anderen Füsilier warf der Angeklagte abends aus dem Bett heraus, weil er keine Geschichten erzählen wollte, und jagte ihn im Hemd unter Schlägen mit der Klopfpeitsche in der Stube herum. Schließlich zwang er ihn, unter das Bett zu kriechen, nachdem er die Dielen unter dem Bett mit Wasser begossen hatte. Den Füsilier Jürgensen, der ihm zu schmutzig war, ließ er von der übrigen Mannschaft auf der Stube entkleiden und dann am ganzen Körper mit grüner Seife einschmieren; darauf wurde der Aermste mit Bürsten abgeschruppt, und der Herr Gefreite goß ihm — es war ein sehr kalter Wintertag — einen Eimer eisigen Wassers über den Kopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Angeklagte will sich an nichts mehr erinnern, die Mißhandlungen werden aber durch eine ganze Anzahl Zeugen bestätigt, so daß der Verhandlungsleiter an Thomsen schließlich die Frage richtete, ob er denn schon einmal geistesgestört gewesen sei, weil ihn sein Gedächtnis so völlig im Stich lasse. Das Urteil lautete, trotz der ausdrücklich betonten Roheit der Delikte, nur auf drei Monate Gefängnis, da seit den Mißhandlungen schon geraume Zeit — 1½ bis 2 Jahre — verflossen seien.

Die Reichstagswahl für Schwerin-Wismar wird am 25. November stattfinden. Die Wiederwahl des Konservativen Dröscher ist wenig wahrscheinlich. Daß als sozialdemokratischer Kandidat Genosse Antrick aufgestellt ist, haben wir bereits berichtet.

Der Typhus hat unter den im Sennelager liegenden Soldaten aus Detmold schon mehrere Opfer gefordert. Das dritte Bataillon des 55. Inf.-Reg. hat 8 Soldaten und einen Feldwebel verloren.

Vom guten Magen der Kirche. Nach dem statistischen Bureau für Bayern wurden im Jahre 1901 wieder rund 5½ Millionen Vermögensaufwendungen für kirchliche Stiftungen zur toten Hand gemacht. Ende 1901 bestanden in Bayern etwa 20 000 Stiftungen mit einem rentierenden Vermögen von 535 377 302 M., eine Summe, die ungefähr den dritten Teil der bayrischen Staatsschuld einschließlich Eisenbahnschuld repräsentiert. Von sämtlichen Kultusstiftungen entfielen 87 Proz. auf die katholische Kirche.

Hilger scheidet. Der Geheime Bergrat Hilger in Saarbrücken, der im Krämerprozeß zum moralisch Angeklagten gewordene Kläger, hat der Kölnischen Volkszeitung zufolge die Stelle des Generaldirektors der Laurahütte übernommen. Wir sprechen den Arbeitern der Laurahütte unser herzlichstes Beileid aus.

Menschenquälerei. In Glinde (Schleswig-Holstein) sind die Schulzustände so vorzüglich, daß Amtsgericht und Landgericht entschieden haben, den Einwohnern in Glinde könne nicht zugemutet werden, ihre Kinder bei dem dortigen Lehrer in die Schule zu schicken. Infolgedessen gehen Kinder, welche im Mai vorigen Jahres schulpflichtig geworden, nicht zur Schule. Ein Teil der Kinder geht in auswärtige Schulen; Eltern, denen das nicht zusagt, schicken ihre Kinder überhaupt nicht zur Schule; in Glinde herrscht jetzt kein gesetzlicher Schulzwang mehr.

Zum Verkauf von Marinegeheimnissen durch den Bureaudirektor Barkemeyer in Kiel wird gemeldet, daß der Schichau-Werft in Elbing anonym der Verkauf von Konstruktionsplänen für die Unterseeboote, welche auf der Kruppschen Germaniawerft in Kiel gebaut werden, angeboten worden war. Antwort auf das Anerbieten sollte durch ein bestimmtes Inserat in einem Kieler Blatte gegeben worden. Scheinbar ging die Schichauwerft tief das Anerbieten ein, um den Unbekannten zu ermitteln. Nachdem durch Inserat die gewünschte Antwort erteilt war, auf ein zweites Schreiben ohne Unterschrift ein, in dem die Werft aufgefordert wurde, bis zum Ablauf einer bestimmten Frist 15 000 M. an eine angegebene Adresse in Altona zu senden; nach Eingang dieser Summe würden dann die Pläne und Zeichnungen ausgeliefert werden. Der „Geldbrief" der nur Papierschnitzel enthielt, wurde abgesandt, und der mit der Untersuchung der Aufgabe betraute Beamte legte sich in Altona auf die Lauer. Als der Postbeamte mit dem Brief, dessen Eintreffen genau berechnet war, in das angegebene Haus ging, folgte ihm der Kriminalbeamte auf dem Fuße und trat, als der Brief abgegeben war, in die Wohnung ein. Der Beamte traf hier nur die Frau des Hauses an, die ihm auf seine Aufforderung den Geldbrief sogleich herausgab. Sie kam dann mit einem zweiten Briefumschlag heraus, der, wie sie angab, zur Weitersendung des Geldbriefes an einen Verwandten in Kiel bestimmt war. Dieser Umschlag trug Barkemeyers Adresse. Auf telegraphische Order des Berliner Beamten wurde der Verräter, auf den man bereits auf Grund der Schriftvergleichung Verdacht hatte, von der Kieler Polizei dingfest gemacht.

Bestrafter Kapitänleutnant. In Kiel verurteilte das Oberkriegsgericht der Ostseestation den Kapitänleutnant Breithaupt des Kreuzers Gazelle wegen vorsätzlicher unrichtiger Dienstmeldung als Messevorstand zu drei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Das erstinstanzliche Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis und Entfernung aus der Marine.

Das Kriegsgericht in Ulm verurteilte den Sergeanten Kleinhaus vom Grenadierregiment Nr. 123 zu 10 Tagen gelinden Arrest, weil er einem Soldaten, der seine Kleidungsstücke nicht in Ordnung hatte, eine Ohrfeige versetzte und ihn am Ohr gerissen hatte.

Mit einer Neuordnung der Sonntagsruhe wird, wie man offiziös versichert, der Bundesrat sich zu beschäftigen haben. Die Umgestaltung habe ihren Grund darin, daß verschiedene auf Grund der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 getroffene Be[illegible]tungsmaßnahmen nicht mehr den inzwischen abgeänderten [illegible]ächlichen Verhältnissen entsprechen. Im Laufe der Jahre hatte sich sowohl in den Beratungen der Parlamente wie in der öffentlichen Kritik ein umfangreiches Material in dieser Frage angesammelt, das bei den Vorarbeiten berücksichtigt werden konnte.

Mehr Einheitlichkeit in der Sonntagsruhe wäre sehr erwünscht. Aber vermutlich handelt es sich bei den geplanten Aenderungen darum, dem Drängen der Geschäftsinhaber nach größerem Spielraum nachzugeben.

Wegen Kaiserbeleidigung verurteilte die Strafkammer in Tilsit den erst neunzehnjährigen Schuhmachergesellen Wilhelm Schultz zu zwei Monaten Gefängnis. Arbeitskollegen hatten die in der Werkstatt des Meisters gefallenen beleidigenden Aeußerungen zur Kenntnis der Behörde gebracht. — Brave Kollegen!

Ausland.

Rußland. Die offizielle russische Presse dementiert die Nachricht von einem Bomben-Attentat auf den Bahnzug, mit dem der Zar nach Odessa gefahren ist. Dem Dementi wird keine Glaubwürdigkeit beigemessen.

Im Gepäck eines Armeniers fanden sich auf der Tiflis-Karsbahn 8 Bomben und 15 Dynamitpatronen. — Bei den Bauernunruhen im Kaukasus wurden 3 Polizisten getötet.

Als ein Landeshauptmann die Dörfer besuchte und die Bauern ersuchte, Beiträge für die Flotte zu leisten, sahen sich die Bauern, die bereits vollkommen arm sind, verlegen an und wandten sich an den Landeshauptmann mit der Frage: „Hochwohlgeboren! Könnte vielleicht diese Buße in Gefängnis umgewandelt werden?"

Oestreich. Sonnabend abend fanden in Wien vier massenhaft besuchte Arbeiterversammlungen statt, in denen stürmischer Protest gegen den Bürgermeister Lüger erhoben wurde, weil er am Mittwoch in Landtage die Arbeiter, die zur Maifeier in den Prater ziehen, als Lumpen bezeichnete. Unter der Arbeiterschaft herrschte große Erregung und Entrüstung. Die Redner erklärten, die Arbeiterschaft werde Lüger auf die Beleidigung die Antwort nicht schuldig bleiben und werde sich einstellen, wenn Lüger mit seinen Anhängern am 23. Oktober auf der Ringstraße seinen 60. Geburtstag feiern wolle. Die stürmischen Kundgebungen, die in der Versammlung laut wurden, wurden auf der Straße fortgesetzt. Die Polizei schritt nicht ein.

Der Krieg in Ostasien.

Die „Vorpostengefechte" auf dem Kriegsplane bei Mukden spielen auch in den heute vorliegenden Depeschen eine Rolle, ohne daß Genaueres darüber mitgeteilt wird. Interessant ist die wiederholt in dem amtlichen japanischen Bericht gemachte Angabe, daß die russischen Soldaten chinesische Kleidung getragen hätten. Wenn das nicht eine Kriegslist ist, so läßt es auf die russische Intendantur ein sehr schlechtes Licht fallen, die nicht einmal Uniformen genug für die Feldtruppen hat besorgen können. Russischerseits wird berichtet, daß auf der Baikal-Ringbahn der regelmäßige Verkehr für Arbeiter- und Güterzüge eröffnet worden ist. Der Transport über den Baikal und der Verkehr auf der sibirischen Bahn funktionieren nach der Russischen Telegraphen-Agentur „ausgezeichnet".

Der japanische Wachdienst zur Verhinderung der Durchbrechung der Blockade von Port Arthur scheint jetzt besser zu funktionieren. Wie das Bureau Reuter aus Schanghai meldet, haben die Japaner in der Nähe von Niutschwang den englischen Dampfer Sijhan aus Hongkong beschlagnahmt, welcher eine nach Port Arthur bestimmte Ladung von Vieh und Mehl mit sich führte.

Die japanische Expedition nach der Insel Sachalin ist, nach einer Meldung des Londoner Daily Telegraph, wegen der vorgerückten Jahreszeit verschoben worden.

Soziales.

— **Die Kommunalisierung des Arztwesens.** Der Gemeinderat von Zürich hat eine Arztsteuer von 4.35 Franken auf den Kopf im Durchschnitt für alle Einwohner eingeführt und 40 Aerzte amtlich bestellt, die für je 12 000 Franken Jahresgehalt allen Einwohnern ihre ärztliche Fürsorge angedeihen zu lassen haben. Die Stadt Zürich, die zurzeit 100 000 Einwohner zählt, zahlt insgesamt zirka ½ Million für diese Einrichtung.

— **Der Untergang des Kleinbetriebes.** Nicht weniger als 1000 Webermeister gab es in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Plauen i. Vogtl.; die Zahl der Gesellen und Lehrlinge war weit größer. Dieses einst so blühende Handwerk hat nun ganz aufgehört. In den letzten Jahren ernährten sich immer noch einzelne von der Handweberei, jetzt aber ist auch nicht ein einziger Handweber mehr vorhanden.

— **Der Verband der freien Gast- und Schenkwirte Deutschlands**, der jüngst gegründet worden ist, tritt am 1. November ins Leben. Alle Anfragen, den Verband im allgemeinen betreffend, sind an den Vorsitzenden Ferdinand Ewald, Berlin S., Schönleinstraße 6, Geldsendungen an den Kassierer Balduin Francke, Berlin 19, Neue Grünstraße 39, zu richten. Das Verbandsorgan, der Freie Gastwirt, erscheint Ende Oktober in einer Probe-Auflage von 5000 bis 10 000 Exemplaren. Einsendungen für diese Nummer werden bis 19. Oktober erbeten. Redaktion und Expedition befinden sich in Berlin N., Brunnenstraße 164, und sind Zuschriften an die Adresse des Herrn Witzel zu richten. Den Kollegen und Vereinen, deren Adressen bekannt sind, werden Probenummern zugesandt. Der Verbandsvorstand ersucht die Kollegen allerorts, für den Verband zu agitieren, und steht Agitationsmaterial zur Verfügung.

Eingesandt.

Ueber die schlechten Lohnverhältnisse im Walhalla-Theater sind durch das Volksblatt in letzter Zeit bereits verschiedene Klagen an die Oeffentlichkeit gedrungen. Das Vorgehen des Direktors Schreck verdient in der Tat, öffentlich angenagelt zu werden. Mir und einem anderen Kollegen ist vorigen Sonntag folgendes passiert: Ich war seit 4½ Jahren, mein Kollege seit über 2 Jahren als Bühnenarbeiter im Walhalla-Theater beschäftigt. An Arbeitslohn haben wir von jeder für jede Vorstellung 1 Mark bekommen, das Geld wurde an jedem 1. und 16. eines Monats ausgezahlt. Als wir nun am 1. Oktober unseren Lohn bekommen, fehlte uns das Geld für die Nachmittagsvorstellungen. Und als wir Herrn Schreck nach dem Gelde fragten, antwortete er höhnisch lächelnd: „Nein, die Nachmittagsvorstellungen werden nicht mehr bezahlt. Wem es nicht paßt, der kann gehen." Die Direktion verlangt also von ihren Arbeitern — es sind deren 7 Mann — daß sie von nachmittags 2½ bis abends 11½ Uhr, neun Stunden lang für **eine Mark Sonntags** arbeiten. Die Direktion hat es fertig gebracht, auf die noble Weise der Lohndrückerei pro Monat 500 Mark zu sparen. Sie hat Arbeiter, Kellner, Musiker, Tischler und Portiers entlassen, die Arbeit auf weniger Schultern verteilt und obendrein von den Löhnen abgezogen. Eingeführt hat sich die neue Direktion damit, daß sie alte Leute, von denen die meisten 10 bis 16 Jahre im Walhalla-Theater beschäftigt waren, entlassen hat, ohne daß sich jemand hätte etwas zu schulden kommen lassen. Wie es Herr Schreck den Arbeitern gegenüber macht, so auch dem Publikum. Als er die Preise der Plätze in den vorderen Reihen auf das Doppelte erhöhte, besaß er die Stirn, in den Blättern zu annoncieren: „Ohne Preiserhöhung." Die Preise der Plätze werden erhöht, und die Löhne des Personals werden teilweise bis auf die Hälfte heruntergedrückt. So wurde vor einiger Zeit der Lohn der Scheuerfrauen, drei armen Witwen, von 10 Mk. auf 5 Mk. pro Woche herabgesetzt. Den Kellnern wurde der Lohn von 1.75 Mk. auf 1 Mk. pro Tag reduziert, und ein Kellner wurde weniger angestellt. Das Publikum und namentlich die Arbeiter, welche bisher gern das Walhalla-Theater besuchten, haben ein Interesse daran, zu erfahren, wie die jetzige Direktion unter Herrn Schreck das Personal entlohnt.

Ein kleiner, aber recht bezeichnender Zug für die Geschäftspraktik des Herrn Schreck sei noch mitgeteilt. Vor kurzem wurden in die Notlampen, welche das Lokal beleuchten müssen, wenn durch Ausbruch von Feuer oder eine andere Katastrophe die andere Beleuchtung versagt, nur kleine Lichtstummel gesteckt. Herr Schreck erklärte, er habe kontrollieren wollen, wie viele Lichter gebraucht würden. Diese „Kontrolle" stellte er jedoch nicht dadurch an, daß er ein Licht einfach niederbrennen ließ und dadurch die Zeitdauer ermittelte, sondern diese Kontrolle wurde während einer wirklichen Vorstellung bei fast ausverkauftem Hause vorgenommen. Es wäre interessant, zu erfahren, ob die Feuerpolizei von dem Sparversuch des Herrn Schreck Kenntnis gehabt hat; denn ihm handelte es sich offenbar darum, die Lichterreste vom voraufgegangenen Abend wieder zu verwenden und dadurch einige Mark zu sparen. H. M.

Aus dem Reiche.

Hamburg. Der Dampfer Wörmann brachte als Gefangenen den italienischen Arbeiter Simon mit, welcher im Mai bei Taribi während einer Bahnfahrt den Marine-Oberstleutnant Herrmann, den Seesoldaten Küchling und einen schwarzen Bremser grundlos erschoß. Simon soll in der Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Köln. Das Schwurgericht verurteilte den Gattenmörder Grotzke, der in der Nacht vom 30. Mai seine Frau aus Eifersucht ermordete und sich freiwillig der Polizei stellte, zum Tode.

Verantwortlicher Redakteur **Adolf Thiele** in Halle.

Arbeitsnachweis für Brauereiarbeiter.

In den hiesigen und benachbarten Brauereien werden Arbeiter laut Vereinbarung nur eingestellt durch Vermittelung des Arbeitsnachweises, Mittelstraße 20, bei Herrn Weise. — Die Eintragung in die Liste der Arbeitsuchenden erfolgt täglich von 9—12 Uhr vormittags. Alle Reflektanten werden um strengste Beachtung dieser Bestimmung ersucht.

Die Arbeiterbeisitzer des Kuratoriums.

Es giebt jetzt nichts

vorzüglicheres mehr zum Wichsen von besseren Schuhen als Galop-Crème Pilo. Dasselbe gibt rasch Glanz, erhält das Leder, färbt nicht ab und haben daher alle Dienstmädchen ihre Freude daran.

Vertretung und Lager bei **Alfred Greger, Halle, Jacobstrasse 3,** Fernsprecher 2455.

Wiederverkäufern empfehlen allerbilligst: Puppen, Puppen-Köpfe, sämtliche Puppen-Artikel. **Adler & Co.,** Spielwaren en gros. Franckestr. 18. Grosse Muster-Ausstellung.

ff. Heringe
à St. 5 Pf., 6 Pf., 2 St. 15 und à 10 Pf., nur milcherne à St. 10 Pf. offerirt
A. Trautwein,
Gr. Ulrichstrasse 31.

Empfehle meinen Rasier-Salon. Gustav Meye, Brunnenstraße 63.

Tanz-Unterricht H. Traxdorf.

Gründliche Lehre für Tanz und Umgangsformen. Einzel-Unterricht. Einstudierungen von Nationaltänzen, Kostümreigen beliebiger Art.

Lehrkurse jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr.

Mittwoch den 12. Oktober abends 8½ Uhr:

Spezialkursus für mod. Gesellschaftstänze.

Honorar 5 Mark. Eingeübt werden: Kontre, Quadrille, Menuettwalzer, Gavotte (Walzer bona fide) Original-Rundtanz. Musik- und Tanzbearbeitung im eigenen Verlag.

Hugo Traxdorf, Tanzlehrer, Leipzigerstr. 63, Goldener Hirsch.

Original SINGER Nähmaschinen
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Halle a. S., Leipzigerstrasse 20.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041011-15/fragment/page=0003

er z. B. sagt, es müsse zunächst dem großen Publikum der Glaube beigebracht werden, daß die Vorstände der Konsumvereine das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchen und in der schlimmsten Weise die Mitglieder bemogeln, so hat Suchsland diese maßlos gemeine Unterstellung schon früher gemacht, sie aber nicht bewiesen. Das kann er anscheinend auch nicht. Dann erklärt er weiter: „Oeffentlich dürfe so etwas ja nicht behauptet werden, weil man es nicht beweisen könne. In dieser vertraulichen Besprechung sei man aber an die unbequeme Beschränkung, nur das behaupten zu dürfen, was man beweisen könne, nicht gebunden. Es sei ja allerdings Tatsache, daß alle zwei Jahre eine gesetzlich vorgeschriebene Revision der Genossenschaften stattfände; diese beschränke sich aber lediglich darauf, ob die Additionen richtig vorgenommen seien. Dagegen werde nicht festgestellt, wie viel die Herren Vorstandsmitglieder an dem Einkauf extra verdient hätten. Wie gesagt, beweisen könne man es ja nicht, aber Tatsache sei es, daß von allen Vorstandsmitgliedern gemogelt werde, und nicht nur von den Vorstandsmitgliedern, sondern auch von den Lagerhaltern."

Wir sind im allgemeinen Gegner der Anhängigmachung von Klagen, aber es könnte unseres Erachtens doch nichts schaden, wenn der Herr Professor einmal vor Gericht seine Anschuldigung beweisen müßte. Kann er das nicht, und das gibt er selbst zu, dann ist dieser dreiste Verleumder vor der Oeffentlichkeit gebrandmarkt.

Die angebliche Bemogelung der Mitglieder durch die Lagerhalter beweist er durch folgendes Geschichtchen, das jedenfalls nicht einmal von den verdiffenften Konsumvereinsfeinden ernst genommen wird: „Die Frau eines Lagerhalters wünschte ihren Sohn in den Halleschen Erziehungsanstalten unterzubringen, und zwar habe sie denselben ohne weiteres für die höhere Pensionsklasse angemeldet, obgleich diese doch teurer sei. Daraus käme man ohne weiteres schließen, daß bei diesen Leuten Geld gar keine Rolle spiele. Andererseits sei aber doch klar, daß sie solche Ausgaben von ihrem Gehalt nicht bestreiten könnten. Alle Lagerhalter treten ihre Stellungen unter den ärmlichsten Verhältnissen an, wie man an den Lappen, die sie vor die Fenster hängen, sehen könne. Nach einigen Jahren aber hätten sie es zu Gardinen gebracht und sogar zu so viel Möbeln, wie man sie nicht reichlicher in den Mittelstandskreisen fände. Das sei wohl doch der beste Beweis dafür, daß die Mitglieder der Konsumvereine jährlich um ganz erhebliche Summen betrogen würden." Suchsland bleibt immer derselbe. Die Gardinen der Lagerhalter beweisen, daß die Konsumvereinsmitglieder betrogen werden.

Aber bei den Konsumvereins-Angestellten bleibt Suchsland nicht stehen. Er sagte weiter: „Man könne es zwar nicht beweisen, aber man dürfe auch ohne Beweis annehmen, daß die Konsumvereine die Quellen seien, aus denen das Geld für die Parteikasse der Sozialdemokratie fließe. Hunderttausende von Mark würden jährlich von den Konsumvereinen direkt und indirekt der sozialdemokratischen Parteikasse zugewendet. Das sei es, was man den Regierungen sagen müsse, und dann seien diese auch bereit, gegen die Konsumvereine Front zu machen." Eine faustdicke Lüge, wie alle anderen. Die Konsumvereine haben noch niemals weder direkt noch indirekt der sozialdemokratischen Parteikasse Geld zugeführt; sie sind dazu nach den Bestimmungen des Genossenschafts-Gesetzes auch gar nicht berechtigt. Aber, sagt Suchsland, das läßt sich zwar nicht beweisen, es muß aber so sein, weil es dem wahrheitsliebenden Professor so in den Kram paßt.

In dieser Weise gehen die „Enthüllungen" des Herrn Suchsland weiter. Interessant ist es höchstens noch, was er bezüglich seiner Audienz beim Eisenbahnminister v. Budde sagte und welchen Einfluß sich Suchsland zuschreibt in Bezug auf das Verbot, das den Eisenbahnern künftig die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen untersagt. Da heißt es: „Er (Suchsland) habe eine Audienz bei dem Herrn Minister Budde gehabt; die Folge dieser Audienz sei der bekannte, überall kommentierte Erlaß des Eisenbahnministers. Er, Redner, habe sogar mit Genugtuung feststellen können, daß die Einleitung des betreffenden Erlasses seine eigenen Worte seien." Dieses Geständnis ist ein netter Beitrag zu dem Kapitel, wie Gesetze und Verordnungen entstehen.

Die hiesige Saalezeitung wird gleichfalls von dem Herrn Professor bedacht. Er meine, es sei nicht schwer, die Zeitungen kirre zu machen. Als naheliegendes Beispiel könne er die Saalezeitung nennen; diese habe durch ihre liberale Schreibweise sehr viele Abonnenten verloren und müsse jetzt de- und wehmütig betteln, um in Gnaden wieder aufgenommen zu werden. Was sagt die gute Saaletante, die doch redlich ihr Teil dazu beigetragen hat, um der Halleschen Einwohnerschaft die Konsumvereine zu verleiden, zu der Zensur, die ihr Suchsland erteilt hat?

So viel für heute. Bemerkt sei noch, daß die Versammlung positive Vorschläge nicht zeitigte. Sie war wenig mehr als eine Ausschußsitzung der Rabattsparvereine. Trotz alledem müssen wir solchen Plänemachern auf die Finger sehen.

Und das wird seitens der sozialdemokratischen Presse geschehen; darauf können sich Suchsland und Konsorten verlassen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 10. Oktober.

Das Kröllwitzer Brückengeld kommt in Wegfall.

Der Magistrat hat am Freitag beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen, durch welche vom 1. Oktober 1905 ab Brückengeld auf der Kröllwitzer Brücke nicht mehr erhoben wird. Das Brückengeld auf der Peißnitzbrücke soll dagegen beibehalten werden. Wir glauben nicht, daß sich jetzt noch im Stadtverordneten-Kollegium eine Mehrheit für Weitererhebung des Brückengeldes findet; der Wegfall des Brückengeldes auf der Kröllwitzer Brücke innerhalb Jahresfrist wäre hiernach feststehende Tatsache. Diese Vorlage des Magistrats wird sicherlich allgemeiner Zustimmung begegnen, wenn man auch bezüglich der Peißnitzbrücke anderer Meinung ist wie der Magistrat.

Krankenkassen-Versammlung.

Die am Sonnabend im Bellevue abgehaltene Versammlung aller in Krankenkassen versicherten Mitglieder erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Der Referent, der langjährige Vorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M., Herr Ed. Gräf, führte über das Verhältnis der Aerzte zu den Krankenkassen u. a. aus: In gegenwärtiger Zeit sehen wir in Deutschland einen Kampf toben, der zwischen Aerzten und den Mitgliedern der Krankenkassen ausgefochten wird. In diesem Kampfe suchen die Aerzte die Regierung als Bundesgenossen zu gewinnen und gehen weniger gegen die staatlichen Kassen als zunächst gegen die Ortskrankenkassen vor. Ein Arzt hat jüngst in der Frankfurter Zeitung offen ausgesprochen, daß die Aerzte lieber mit einem Regierungsassessor die Verträge abschließen, wie mit Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber. Man erklärt seitens der Aerzte ebenso offen, daß ihnen nichts an der Selbstverwaltung der Krankenkassen gelegen sei. Infolgedessen hat sich ein dauernder Kriegszustand zwischen Aerzten und Krankenkassen fast an allen Orten herausgebildet. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die Gemeinden häufig der Krankenfürsorge nicht die Aufmerksamkeit schenken, die unbedingt erforderlich ist. Man findet in vielen Gemeinden eine sehr schöne Kirche, einen tüchtigen Pfarrer, aber keinen wissenschaftlich gebildeten Arzt. Das Krankenversicherungs-Gesetz, das im Jahre 1884 durch den Reichstag beschlossen wurde, soll die Arbeiter schützen gegen die Gefahren der Krankheit und des Siechtums. Die Kassen sind deshalb zum Schutze der Arbeiter da, nicht aber, um den Aerzten lediglich die Existenz zu gewähren. Die Hauptforderung der Aerzte ist nun die freie Aerztewahl. Als früher die Kassenmitglieder die freie Arztwahl verlangten, hieß es, das sei eine sozialdemokratische Forderung. In neuerer Zeit haben nun die Arbeiter an manchen Orten eingesehen, daß die freie Aerztewahl für die Kassen nicht vorteilhaft sei, sie verlangen Aufhebung der freien Aerztewahl, sind aber jetzt erst recht Sozialdemokraten. Die Aerzte brauchen nur den roten Lappen zu schwingen und die Regierung ist bereit, den Krankenkassen Schwierigkeiten zu bereiten. Sie selbst will die freie Arztwahl nicht haben, aber den Kassen zwingt sie diese auf. Die Beschwerden gegen die Eingriffe sind meistens erfolglos. Dem Eisenbahnminister v. Budde fällt es gar nicht ein, in seinem Ressort für die Betriebskassen die freie Aerztewahl einzuführen; auch der bayrische Verkehrsminister erklärte jüngst im bayrischen Landtage, die Kassen der Eisenbahn, der Post usw. könnten keine Defizite machen, wie etwa die Münchener Ortskrankenkasse, die freie Aerztewahl habe, sondern sie müßten Ueberschüsse bringen. Man macht die verschiedensten Anstrengungen, um die Selbstverwaltung zu beseitigen und damit die freie Aerztewahl zu bekommen. Der bekannte Dr. Freund-Berlin schlägt vor, die Krankenkassen aufzulösen und an die Invaliditätsversicherung anzugliedern. Auf diese Weise ist die Selbstverwaltung am radikalsten beseitigt. Redner beschäftigt sich dann des längeren mit den Vorteilen und Nachteilen der freien Aerztewahl und kommt zu folgendem Ergebnis: Können die Kassen sich dieses Ideal leisten, so sollen sie es tun. Die Aerztfrage ist eine Vertrauensfrage. Es gibt Kranke, die noch kränker werden, wenn man sie zu einem Arzt schickt, der ihnen nicht paßt. Aber die freie Aerztewahl ist teurer wie das umgekehrte System. Bei diesem wird gespart, der Arbeiter geht nicht so oft zum Arzt, es werden weniger Medikamente verschrieben und was dergleichen „Vorteile" mehr seien. Er (Gräf) sei Anhänger der freien Aerztewahl, aber die Herren Mugdan, Bockler usw. hätten im Reichstage der freien Aerztewahl einen schlechten Dienst erwiesen, als sie in so provokatorischer Weise dafür eingetreten seien. Man bezahle die Aerzte gut, dann leisten sie auch etwas. Ein richtiger Kassenarzt soll ein Kassenmitglied ebenso gewissenhaft behandeln wie einen reichen Privatpatienten. Es muß auch gesagt werden, daß vielen Aerzten die Ausbildung fehlt, um als Kassenarzt fungieren zu können. Man könne sogar an den Rezepten sehen, an welcher Universität der Arzt studiert habe. Wer seine Studien z. B. in Bonn absolviert habe, bei dem könne das Rezept 5 Mk. kosten, der Arzt, welcher in Marburg seinen Studien oblag, berechne für das Rezept 70—80 Pfg. Es gibt auch Patienten, die einen großen Medizinhunger haben, der Arzt taugt nichts, der nicht viel verschreibt. Ihm (Redner) antwortete jüngst ein Kassenmitglied, das ein Bein gebrochen, auf die Frage, wie er dazu gekommen sei: Wenn man 12 Jahre in einer Kasse ist, kann man auch einmal ein Bein brechen. (Heiterkeit.)

Festgestellt muß werden, daß sich die meisten Kassenmitglieder um die inneren Einrichtungen der Kasse nicht kümmern; es ist vielen ein Buch mit sieben Siegeln. Um die Kassen leistungsfähig zu machen, ist dringend der Zusammenschluß der Kassen notwendig. (Vielfaches: Sehr richtig!) Im Krankenkassenwesen herrscht gegenwärtig noch die schärfste Dezentralisation. Es gibt in den einzelnen Orten für jeden Beruf eine besondere Ortskrankenkasse. (Zuruf: Halle!) Dazu kommen die Betriebs-, die Innungskrankenkassen ꝛc. Das muß anders werden. In Frankfurt haben sich sämtliche Kassen zu einer Ortskrankenkasse zusammengeschlossen, die heute 80 000 Mitglieder zählt. Sie hat freie Aerztewahl und beschäftigt 260 Aerzte; sie bezahlt Sterbegeld, besitzt eine Walderholungsstätte und gewährt eine Reihe anderer Vorteile. Ihr Vermögen beträgt 1 200 000 M. Eine solche Kasse kann auch den Apotheken Zugeständnisse abzwingen und in jeder Weise den Kassen-Mitgliedern etwas bieten. Eine solche Zentralisation muß auch in Halle angestrebt werden, nur dadurch werden viele Vorteile den Kassenmitgliedern zu gute kommen, Mehrleistungen werden die sichere Folge eines solchen Zusammenschlusses sein, und Aerzte und Kassenmitglieder werden gut dabei fahren. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion macht zunächst der Vorsitzende des Ortskrankenkassen-Verbandes, Möwes, darauf aufmerksam, daß dieser Verband zur Zeit 15 der größten Kassen umfasse und immer neue Kassen sich ihm anschlössen. Die Anwesenden möchten in ihren Berufs-Krankenkassen darauf hinarbeiten, daß diese sich dem Ortskrankenkassen-Verbande anschließen. Am 16. Nov. werde eine Versammlung der Vorstandsmitglieder aller hiesigen Kassen stattfinden, um diese Frage zu erörtern. In der Walderholungsstätte, die der Verband übernommen, seien in diesem Jahre nur 30 Patienten verpflegt worden; aber für 100 Lungenkranke sei Vorsorge getroffen.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich Krankenkassen-Angestellte und Kassenmitglieder und beklagten hauptsächlich die Sonderstellung der Betriebskrankenkassen. Besonders die Metallarbeiter sollten dafür sorgen, daß mit dem System der Betriebskrankenkassen gebrochen wird, da diese häufig versuchten, krank gewordene Mitglieder einfach abzuschieben. In der Aerztefrage wurde konstatiert, daß die Honorare der Aerzte gestiegen seien von 2.82 M. im Jahre 1884 auf 4.38 M. im Jahre 1902 pro Mitglied der Kasse. Dagegen sei die Unterstützungsdauer der Mitglieder nicht entsprechend verlängert worden. Auch auf das Verhalten der Aerzte gingen einzelne Diskussionsredner ein. Von den Aerzten war nur einer erschienen, aber dieser meldete sich nicht zum Worte.

Nach einem eingehenden Schlußworte des Referenten nahmen die Versammelten folgende Resolution an:

Die Versammlung erkennt die Ausführungen des Referenten als zutreffend auch für die Halleschen Verhältnisse an. Auch hier ist eine für alle Teile befriedigende Regelung der Verhältnisse zwischen Aerzten und Krankenkassen endlich geboten. Eine solche Regelung zu schaffen, ist aber nur einer Vereinigung aller hier bestehenden Kassen möglich. Deshalb erklären die Anwesenden, mit allen Kräften für die Verschmelzung aller Kassen zu wirken, um gleichzeitig auch den Versicherten größere Vorteile zuzuwenden.

Um 1/4 Uhr war die Versammlung beendet.

---

* **Die Gewerbegerichts-Beisitzer,** sowie Beisitzer des Innungsschiedsgerichts haben am Mittwoch, den 12. Oktober, im Weißen Roß ihre regelmäßige Monatssitzung ab.

* **Den Arm gebrochen** hat heute vormittag, als er am Preßlersberg den Abhang hinunterrutschte, ein 9jähriger Knabe. Er wurde ins Elisabethkrankenhaus gebracht.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Dienstag geht neu einstudiert Millöckers Operette Der Vize-Admiral in Szene. Das Werk ist hier seit einer Reihe von Jahren nicht über die Bretter gegangen. Wegen andauernder Krankheit des Frl. Brandow ist die Erstaufführung des Schaupiels Nebeneinander verschoben worden. Am Mittwoch geht nochmals Die versunkene Glocke in Szene. Frl. Adolphi erzielte am Sonntag als Rautendelein in Berlin einen großen Erfolg. — Am Donnerstag wird Egmont gegeben. Zu dieser Aufführung gelten Schülerbillets; dieselben werden auch an der Tageskasse ausgegeben.

---

her zu dem ihm zufälligerweise benachbarten Richter, um für die Matrjona ein gutes Wort einzulegen. Die Bitte Tolstois war auch von Erfolg, denn die Alte wurde nach Einreichung der Berufung sofort freigelassen und später zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt, die von Tolstoi gedeckt wurde.

Aufreizung zum Klassenhaß. Es gibt Leute, die vor lauter Millionen nicht wissen, wie sie ihr Geld am tollsten verschwenden sollen. Das steinreiche Ehepaar Lehr zum Beispiel bereitet der Newyorker fashionablen Kolonie in Newport alljährlich allerlei ungewöhnliche Schaupiele. Im vorigen Jahre veranstalteten Mr. und Mrs. Lehr zum Schluß der Sommersaison von Newport ein Affendiner, bei dem es sehr lustig zuging. Diesmal gab es zum Geburtstag eines kleinen Familienhundes ein regelrechtes Hundebankett, zu dem Einladungen verschickt wurden und an dem sieben fremde Hunde teilnahmen, die durchweg Mitgliedern der besten Gesellschaft angehörten. Rote Dahlien und silberne Leuchter schmückten die Tafel. Die Hunde wurden auf hohe Stühle plaziert, und hinter ihnen nahmen die schönen Besitzerinnen Platz, um sie mit Sorgfalt zu bedienen. Das Menü bestand aus Kalbskoteletts, Frankfurter Würstchen, Salat, Eiscreme, Schokolade und einem Geburtstagskuchen. Es herrschte bei der sonderbaren Veranstaltung nicht geringe Fröhlichkeit. Zwei Hunde, die bei der Tafel die besten „Manieren" zeigten, wurden mit Preisen ausgezeichnet. Als Finale des Bankets gab es noch einen Riesenspektakel; es wurden nämlich Katzen in den Saal hineingelassen. Man sieht, mit wie viel Geist sich das reiche Amerika unterhalten kann, während Tausende und Abertausende ihr ganzes Leben in Not verbringen müssen.

On dit! (Man sagt!) Aus Metz wird der Frkf. Zt. vom 5. d. geschrieben: Die „kleine Garnison" des Forbacher Erleutnants hat wie so viele andere Dilettanten-Erzeugnisse auch ein dreiaktiges Drama „On dit" auf dem Gewissen, das gestern im hiesigen Stadttheater zum Durchfall gelangte. Irgend ein Anti-Bilse, der sich unter dem Deckmantel „Martin Ilmer" verbirgt und von dem man munkelt, daß er selbst den bunten Rock trage, hat sich gemüßigt gefühlt, so etwas wie eine Beleuchtung der „kleinen Garnison" aus der schwarz-weiß-roten Perspektive zu geben. Ein Kriegervereinsfestspiel mit einigen dramatischen Wutausbrüchen und Blutlegen. Man vermißte lediglich bengalisch Feuer, „Heil dir im Siegerkranz" und die Schlußapotheose. Sonst war alles da: Biwak, Signale hinter der Bühne, Knallerei. Angelpunkt: Ehre. (Zugeschmitzelt auf das Marlitt-Motiv: „Bube!!! Ich werde dir meine Kartellträger schicken!") Tendenziöse Moral: es gibt auch kleine Garnisonen, darinnen die Herren Offiziere waschechte Gentlemen und deren Gattinnen treue Frauen und deren Töchter Inkarnationen aller Gretchen-Tugenden sind. Und der offiziöse Ehrbegriff ist ein gar lustiges Ding. Von Aufbau der Handlung, oder gar von psychologischer Vertiefung, überhaupt von einigermaßen scharf umrissener Zeichnung der Charaktere keine Spur. Das einzig Gute waren die schönen „zweiten Garnituren", die samt den darinsteckenden statierenden Kriegern ein wohlwollendes Regiment dem Herrn Verfasser zur Verfügung gestellt hatte.

Im 20. Jahrhundert! Eine etwas mittelalterliche Stadtverwaltung scheint in Münder a. Deister zu herrschen. Die Verwaltung schrieb, wie man mitteilt, in der Tierärztlichen Rundschau eine Stelle eines ordentlichen Fleischbeschauers aus. Ein Herr, der sich darauf meldete, erhielt folgende Zuschrift:

J.-Nr. 3448. Münder, 8. September 1904

Auf Ihr Gesuch vom 25. August teilen wir Ihnen mit, daß wir beschlossen haben, Ihnen die ordentliche Fleischbeschau für den Bezirk der Stadt Münder zu übertragen, falls Sie nicht mosaischer Konfession sind. Wir fragen nun bei Ihnen an, ob Sie die Wahl annehmen. Ihrer Antwort sehen wir umgehend entgegen.

Der Magistrat. J. V.: H. D. Pape.

Als der Tierarzt hierauf antwortete, er sei allerdings mosaischer Konfession, erhielt er folgendes Schreiben:

Der Magistrat.

J.-Nr. 3619. Münder, 10. Septbr. 1904.

Auf Ihr Gesuch vom 25. August teilen wir Ihnen mit, daß die Wahl auf einen andern gefallen ist.

Die eingereichten Papiere erhalten Sie anbei zurück.

J. V.: H. D. Pape.

Auch ein Urteil! Der bekannte Reiseschriftsteller Hauptmann a. D. v. Tagnera hat in der Altenburger Zeitung, ebenso wie in einer großen Anzahl anderer Blätter, Reisebriefe aus Rußland und der Mandschurei veröffentlicht, die trotz ihrer unheimlichen Länge eine recht angenehme Unterhaltung boten. In einer Schlußbetrachtung sagt er nun:

„Mit tiefem Neid muß man außerdem als Angehöriger eines Volks, das etwa ein Viertel seiner parlamentarischen Vertreter als internationale, vaterlandsfeindliche Männer sieht, den nationalen, kaisertreuen, vaterländischen Zug bemerken, der in allen diesen braven Russen steckt."

Der gute Mann, der seine Forschungsreise per Schnellzug machte, ist natürlich mit dem denkenden Volk sehr wenig in Berührung gekommen, außerdem könnte er wissen, daß in Rußland Leute, die sich als nicht-kaisertreu bekennen, in Sibirien untergebracht werden. Man kann daraus ersehen, welcher Wert seinem Urteil beizumessen ist.

Die Strahlung von Luft und Erdboden. Die durch ihre eifrigen und erfolgreichen Radiumforschungen bekannten Physiker Elster und Geitel haben wieder einige neue Arbeitsergebnisse veröffentlicht. Zunächst beschreiben sie einen Apparat zur Messung der Strahlungsfähigkeit von Bodenarten und namentlich vom Schlamm heißer Quellen. Daß die Thermalquellen Strahlen auslenden und demzufolge vermutlich Radium enthalten, wird ja neuerdings als ein besonders wichtiges Moment in der Wirkung unserer heilkräftigen Wasser angesehen. Die Messung dieser Eigenschaft erfolgt durch eine besondere Art von Elektroskop, das die Steigerung der Leitungsfähigkeit einer bestimmten Luftmenge angibt, wenn letztere dem Einflusse des strahlenden Stoffes ausgesetzt wird. Auch die Strahlung des „Fango", des heilkräftigen Schlammes der heißen Quellen von Battaglia ist auf diesem Wege gemessen worden und führt sehr wahrscheinlich von einem Gehalt von Radium her. In einer weiteren Schrift führen Elster und Geitel die Ansicht aus, daß die Leitungsfähigkeit der Atmosphäre zum großen Teil, wenn nicht ganz, den Strahlungen zuzuschreiben ist, die sich aus der Erdkruste dauernd ausscheiden. Sie haben festgestellt, daß die Leitung der Luft in geschlossenen Kellern und in tiefen Brunnen zuweilen 50mal größer ist, als in der freien Atmosphäre. Die Forscher wollen daraus auch die Tatsache erklären, daß bei niedrigem Luftdruck die Leitungsfähigkeit der Luft erheblich größer ist, als bei hohem Barometerstand, weil eine Verminderung des Luftdrucks das Entweichen der Strahlungen aus den Spalten der Erdkruste begünstigen würde. Möglicherweise hängen auch die elektrischen Erscheinungen, die sich über dem Krater eines Vulkans abspielen, mit der Entwicklung von Körperstrahlen aus den vulkanischen Dämpfen zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190410 11-15/fragment/page=0004

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Dienstag wird Paul Grabeins vieraktiges Studentenstück Frei ist der Bursch, welches bei der Erstaufführung am Sonntag so starken Beifall fand, wiederholt; am Mittwoch findet die 9. Aufführung der lustigen Schwanknovität Gastons Hochzeit, die auch in Berlin jetzt allabendlich das Repertoire beherrscht, statt.

Aus den Nachbarkreisen.

Weißenfels. (Eig. Ber.) Ein Sturm im Wasserglase. In der letzten Stadtverordnetensitzung zeigte sich's wieder, wie die Widerstandskraft unseres Bürgertums ist, wenn es willens ist, dem Magistrat die Zähne zu zeigen. Es handelte sich um Beschlüsse, die vom Magistrat in ganz entgegengesetzter Weise zur Ausführung gebracht, womit auch eine teilweise Schädigung verbunden war. Man deutet dies als diplomatische Schachzüge. Der Grundstücksverkauf des alten Krankenhauses, wobei die Frau Gürth eine Rolle spielte, die Materiallieferung zum Bismarckturm vom Friedhof II, dies und verschiedenes anderes wurde als Bollwerk gegen den Magistrat aufgefahren, insbesondere hatte nach Meinung vieler Stadtverordneter wieder ein neuer Beschluß die Nichtachtung gezeigt. Für ärztliche Hilfeleistung im neuen Krankenhause waren 5800 Mk. bestimmt, und zwar für den Chirurg Dr. Grüneisen 800 Mk. und für den Chefarzt im Krankenhause 5000 Mk., der davon einen Assistenzarzt anstellen und bezahlen sollte. Selbstverständlich hat der hiesige Aerzte-Verein gegen dieses nicht „standesgemäße" Einkommen opponiert. Der Magistrat wußte den Aufbesserungswünschen der Aerzte entgegenzukommen, er stellte Dr. Born als Stadtarzt mit 3000 Mk., den Dr. Grüneisen als Krankenhausarzt mit 2800 Mk. an. Letzterer muß dafür noch einen Assistenzarzt halten. Die Entrüstung unserer Stadtväter verwandelte sich nach den Ausführungen des Bürgermeisters in eine Lammesgeduld, und sie stimmten schließlich auch dieser Einrichtung zu. Jedenfalls ist das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen, die Aerzte werden eine Aufbesserung wieder wünschen, und auch diese Pille werden unsere Stadtväter herunterschlucken und sich in der Bürgerschaft als oppositionell aufspielen. Die Eingesandts im Tageblatt, rückgratfeste Stadträte zu wählen, ändern an diesem System gar nichts. Erst eine unabhängige furchtlose Arbeitervertretung wird sich Achtung zu verschaffen wissen.

— Ein Reinfall der Polizei. Wie noch erinnerlich sein wird, hatten die einen Reigen aufführenden Mädchen ihre Rosentore beim Gewerkschaftsfest von der Zentralhalle nach der Stadt Naumburg getragen. Der Wachtmeister Werkmeister witterte einen Umzug, trat den Kindern entgegen, und der Genosse Schmidt erhielt ein Strafmandat von 15 Mk., obwohl er nur auf dem Trottoir mit seinem Sohn an der Hand neben den Mädchen hergegangen war. Selbstverständlich war dagegen Beschwerde eingelegt worden. Am Freitag fand vor dem Schöffengericht über die groß eingeleitete Aktion ein Termin statt. Dem zeugeneidlich vernommenen Wachtmeister Werkmeister war natürlich ein Umzug mit allen seinen Merkmalen in Fleisch und Blut übergegangen, obwohl das Gericht selbst in diesem kindlichen Vergnügen einen Umzug nicht erblicken wollte und schließlich das polizeiliche Strafmandat aufhob und die Sache an die Staatsanwaltschaft verwies. Dort wird Werkmeister Gelegenheit haben, mit seinen Angaben nochmals vorzutreten.

Naumburg. (Eig. Ber.) (Proletarierlos.) Am Sonntag abend gegen 7 Uhr wurden die am Topfmarkte vorübergehenden Passanten auf einen in den sechziger Jahren stehenden Mann aufmerksam, welcher, nach Luft ringend, an der Mauer eines Hauses lehnte. Hinzukommende Parteigenossen nahmen sich des zusammenbrechenden Mannes an, schafften ihn nach der Polizeiwache, woselbst sie seine Ueberführung nach dem Krankenhause veranlaßten. Die Papiere lauten auf den Namen des Bildhauers Bolz aus Theißingen, welcher sich auf Wanderschaft befindet. Der Unglückliche leidet an einem langjährigen Lungenleiden und schien außerdem entkräftet zu sein. Wahrlich ein krasses Spiegelbild unserer göttlichen Weltordnung.

Naumburg. Ein Automobil-Unfall vor Gericht. Am Mittwoch, den 25. November 1903, kam ein Automobil von Wethau aus nach Naumburg zu gefahren, welches von dem Besitzer, dem Kaufmann Ottomar Wehn aus Frankfurt a. M., gesteuert wurde, und auf welchem sich noch dessen Gehilfe befand. In der Nähe des neuen Friedhofes begegnete das Auto einem Wagen, auf dem sich der Landwirt Schröder mit seiner Frau und der Geschirrführer Reinhold Müller befanden. Das Automobil gab ein Warnungszeichen, die Pferde am Wagen scheuten, und durch den Ruck wurde der Geschirrführer vom Wagen geschleudert und von den Vorderrädern über den Kopf gefahren. Schütze konnte die Pferde zum Stehen bringen, doch der Ueberfahrene hatte innere Verletzungen und einen Schädelbruch erlitten, was seinen Tod herbeiführte. Die Insassen des Automobils hatten von dem Unglücke keine Ahnung; sie waren weiter gefahren; doch infolge eines Schadens mußte von Naumburg aus das Automobil mit der Eisenbahn nach Frankfurt befördert werden. Am Donnerstag hatte sich nun der Besitzer O. Wehn wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Die umfangreiche Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten, da er nicht übermäßig schnell gefahren, auch nicht festgestellt werden konnte, daß durch den Angeklagten das Scheuen der Pferde verschuldet.

Zeitz. (Eig. Ber.) Ein Unglücksfall, der leicht größere Dimensionen annehmen konnte, ereignete sich am Sonnabend mittag in der Voigtstraße. Am Eingang zum Klausschen Grundstück war ein Torflügel locker geworden, der herrschende Sturm der letzten Tage hat wohl das Seinige dazu beigetragen. Am Sonnabend riß nun der aufgemachte Flügel vollends aus und begrub im Fallen den siebenjährigen Sohn des Glasers Wolf unter sich; derselbe erhielt am Kopf eine große blutende Wunde. Ein zweiter Knabe wurde leicht an der Hüfte verletzt. Jedenfalls sollten die Besitzer resp. die Beauftragten darauf achten, daß schadhaft Gewordenes wieder repariert wird, bevor Unglücksfälle dadurch herbeigeführt werden.

Pieskeritz. Gemeindewahl. Am Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7½ Uhr findet die Wahl des Ortsvorstehers, zweier Schöffen und eines Hilfsschöffen statt.

Köthschen. (Eig. Ber.) An Landfriedensbruch grenzen sollte ein Exzeß, der sich am Abend des 15. Mai dieses Jahres im Voigtschen Saale und vor dem Gasthause in Köthschen bei Merseburg, gelegentlich eines Tanzvergnügens, abgespielt hatte. Die 23- bis 24jährigen Arbeiter Bruno Müller, Otto Hübner und der Schmiedegeselle Karl Reichelt waren am fraglichen Tage von Merseburg nach dem dreiviertel Stunde entfernt liegenden Dorfe Köthschen gegangen, um sich dort beim Tanz zu amüsieren. Im Saale kam es durch Reichelt, der mit einem Mädchen anbändeln wollte, zu einem Streit, der dahin führte, daß der Arbeiter Liebing befürchtete, von den drei Merseburgern mißhandelt zu werden. Liebing rief seinen Vater, und dann kam es zu einer furchtbaren Rauferei. Gastwirt Voigt versuchte, die drei Personen hinauszubringen; die Streitsüchtigen machten sich des Hausfriedensbruchs, der Sachbeschädigung, des Lärms und der Körperverletzung schuldig. Müller brachte dem Arbeiter Liebing sen. mit einem spitzen Instrument einen Stich in den Kopf bei, so daß der Täter und seine beiden Begleiter hinaus geworfen wurden. Bei dem Verlassen des Lokales nahmen die drei Personen zwei Stühle mit hinaus, und bald darauf kamen sie, nachdem sie die Stühle zertrümmert hatten, mit Stuhlbeinen bewaffnet wieder in das Lokal zurück. Dabei kam es zu erneuten Tätigkeiten, bei denen u. a. Reichelt die Gastwirtsfrau Voigt mit einem Stuhlbein gegen die Füße warf. Nachdem die Täter wiederum hinaus geworfen waren und die Haustür verschlossen war, demolierten sie die Tür und warfen mit Steinen nach dem Hause. Auch der Aufforderung des Nachtwächters, den Unfug zu unterlassen, kamen sie erst zögernd nach. Am Sonnabend standen nun die drei Genannten vor der Strafkammer des Landgerichts Halle. Die Angeklagten stellten in Abrede, daß sich der Vorgang so abgespielt habe, wie er nach der Anklage dargestellt sei. Aus nichtigem Anlaß wären sie aus dem Lokal hinausgeworfen worden. Hübner sagt, Frau Voigt habe ihn mit einem Stuhl bedroht, und Reichelt will gestochen worden sein. Nachdem man sie hinausbefördert hatte, wobei dem Reichelt das Vorhemdchen und der Rock vom Leibe herumtergerissen worden, hätte man sie erst mit Steinen geworfen. Draußen wäre dann der Gastwirt Voigt, umgeben von 15 Personen, die sich mit Knüppeln bewaffnet hatten, mit einem Gewehr auf dem Plan erschienen. Als Voigt einen Schuß abgegeben hatte, hätten sie die Hilfe des Nachtwächters in Anspruch nehmen wollen. Der Nachtwächter hätte gesagt: „Ich will mit Euch und dem Gericht nichts zu tun haben; Ihr müßt feste Drische kriegen." Die Beweisaufnahme widerlegte aber die Einwände der Angeklagten und ergab, daß besonders Müller und Reichelt sehr roh gehandelt hatten. Hübner hatte sich nicht hervorragend beteiligt. Alle drei hatten aber zweifellos unter dem Einfluß des Alkohols gehandelt. Müller wurde zu 1 Jahr Gefängnis, 1 Woche Haft verurteilt und verhaftet. Reichelt erhielt vier Monate Gefängnis und drei Tage Haft und Hübner kam mit sechs Wochen Gefängnis und drei Tagen Haft davon.

Aus Schkölen wird uns zur Notiz über den Streik der Zigarrenarbeiter bei Isleib u. Kirsch mitgeteilt, daß der Ausstand noch an demselben Tage beendet worden ist. Herr Isleib war verreist; die Kündigung mehrerer Arbeiter war nur von Kirsch ausgegangen. Als Isleib zurückkehrte, löste er sofort das Geschäftsverhältnis zu Kirsch und führt jetzt das Geschäft allein.

Hohenroda. (E. B.) Der Arbeitsbursche Walter Schirrmeister hatte sich vor der Entzeizeit mit dem Graben von Hamitern beschäftigt und bei dieser Gelegenheit auf dem Felde ein Feuer gemacht. Bei dem an dem Sommertage herrschenden Sturm fing ein Haferfeld Feuer und es wurde ein ganzer Morgen Hafer zerstört. Der junge Mensch wurde vor der Strafkammer Halle wegen fahrlässiger Brandstiftung angeklagt und zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Der angerichtete Schaden wurde auf 250 M. berechnet.

Oberteutschenthal. (Eig. Ber.) Eine alberne Schwätzerei verhalf den Bergmann Hermann Voigt zu einer recht empfindlichen Strafe. Gelegentlich eines Wortwechsels mit seiner Frau, mit der er nicht weniger als 15 Kinder gezeugt hat — 10 sind noch am Leben — warf er seiner Ehegattin vor, von den letzten Zwillingen, die sie erhalten habe, sei nicht er sondern der Ortsgendarm der Vater. Die bemitleidenswerte Frau entrüstete sich, lief zum Gendarm und erklärte diesem, eine so üble Nachrede dürfe er sich als Beamter nicht gefallen lassen. Nunmehr fühlte sich der Gendarm beleidigt und die Folge davon war, daß Voigt nach einer vor dem Landgericht Halle unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgehabten Verhandlung zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Wittenberg. (Eig. Ber.) Feuer. In der Nacht zum Freitag brannte hier die auf Trajuhner Flur stehende Mehlhajesche Windmühle nieder. Der in jener Nacht herrschende große Sturm soll durch Heißlaufen des Werkes den Brand der Mühle veranlaßt haben. Bei anderer Windrichtung hätte das Feuer leicht größere Dimensionen annehmen können.

— Von der Strafkammer wurde der Magistratssekretär und Registrator Fritz Wolf wegen Unterschlagung ihm anvertrauter amtlicher Gelder, welche ihm von der Stadthauptkasse zur Auszahlung an Privatpersonen übergeben waren, und wegen Vernichtung und Beiseiteschaffung amtlicher Urkunden in 12 Fällen mit 9 Monaten Gefängnis bestraft.

Eisleben ist des Deutschen Reiches Mittelpunkt. In einem Eingesandt der Potsdamer Tageszeitung wird die Nachricht, daß Spremberg der Mittelpunkt des Deutschen Reiches sei, angezweifelt. Es heißt darin: Wenn Spremberg der Mittelpunkt ist, so müßte jede gerade Linie, die auer durch Deutschland und Spremberg geht, das Reich in zwei gleiche Hälften teilen. Zieht man von Metz eine solche Linie, dann verhält sich der norwestliche zum südöstlichen Teile etwa wie 5 zu 3, und bei der von Swinemünde aus gezogenen Linie verhält sich der westliche zum östlichen Teile sogar wie 2 zu 1. Dagegen teilt jede durch die Gegend von Eisleben gezogene gerade Linie das Deutsche Reich in zwei gleiche Teile.

Eine Engelmacherin vor Gericht.

Am Freitag, dem dritten Verhandlungstage, kam die schon erwähnte Ermordung des Kindes der Paula Berkefeld, der Tochter der Angeklagten, zur Sprache. In dieser Sache bekundet ein Fräulein Reich: Sie habe einige Monate bei der Angeklagten gewohnt. Die Berkefeld habe einige Tage bei dem 74jährigen Schuhmacher Schröder gewohnt, um ihre Niederkunft abzuwarten. Eines Morgens sei Schröder zu der Wiese gekommen und habe gesagt: „Es ist so weit." Die Wiese sei sofort zu Schröder gegangen. Nach einigen Stunden kam die Wiese wieder und sagte: ihre Tochter habe einen hübschen Jungen geboren, dieser sei aber tot; sie habe sogleich einen Sarg für 30 Mk. gekauft. Einige Tage darauf habe sie in der Küche viele verbrannte Kohlen gesehen. Auf ihre Frage habe Frau Wiese gesagt: sie habe die Nachgeburt des von Paula Berkefeld geborenen Kindes verbrannt. — Vors.: Nun, Angeklagte, was sagen Sie dazu? — Angekl.: Das ist nicht wahr, ich habe nichts verbrannt.

Vors.: Die Angeklagte soll sehr abergläubisch gewesen sein? — Zeugin: Jawohl. — Vors.: Was wissen Sie darüber zu sagen? — Zeugin: Frau Wiese hat des Nachts die Fenster verhangen und in der Küche Licht brennen lassen. Sie sagte: Wenn sie alsdann betet, der liebe Gott solle sie einen Lotteriegewinn machen lassen, dann gehe das Gebet in Erfüllung. — Vors.: Sagte sie nicht auch, daß sie mit Geistern verkehre? — Zeugin: Jawohl, sie erzählte mir einmal, daß sie oftmals während der Mitternachtsstunde mit Geistern spreche. Sie hatte sich auch das sechste und siebente Buch Moses gekauft. In diesem las sie sehr eifrig, es standen alle möglichen Geistergeschichten darin. Ich mußte ihr auch einmal aus diesen Büchern ein Gebet abschreiben. — Vors.: Was hat noch in den Büchern gestanden? — Zeugin: Ich glaube, es hat auch etwas vom Kinderschlachten darin gestanden. — Vors.: Stand in den Büchern, daß das Schlachten kleiner Kinder Glück bringe? — Zeugin: Nein, aber Frau Wiese sagte einmal: Kinderblut und Blut von weißen Tauben ist gut, das bringt Glück. — Vors.: Hat die Wiese auch gesagt, daß das Verbrennen der Nachgeburt Glück bringe? — Zeugin: Ja, sie sagte, die Kohlenreste, die von dem Verbrennen einer Nachgeburt herrühren, bringen Glück.

In der Angelegenheit der schweren Kuppelei wird Paula Berkefeld, die Tochter der Angeklagten, als Zeugin vernommen. Diese bekundet auf Befragen des Vorsitzenden: Sie habe auf Veranlassung ihrer Mutter mehrfach Anzeigen folgenden Inhalts aufgeben müssen: „Eine junge Dame bittet einen edeldenkenden Herrn um eine Unterstützung von 30 Mk. gegen dankbare Rückzahlung." — Vors.: Weshalb gaben Sie die Anzeigen auf? — Zeugin: Ich mußte ja. — Vors.: Weshalb mußten Sie? — Zeugin: Wenn ich es nicht tat, wurde ich von der Wiese heftig geschlagen. — Vors.: Hat auch bisweilen die Wiese die Anzeigen aufgegeben? — Zeugin: Jawohl. — Vors.: Es meldeten sich Herren auf diese Anzeigen? — Zeugin: Jawohl. — Vorsitzender: Haben Sie sich freiwillig hingegeben? — Zeugin: Nein, ich habe mich zumeist gesträubt. Da zog die Wiese ihren Pantoffel aus und schlug mich heftig. Oftmals warf sie mich zu Boden, riß mich an den Haaren und trat mich mit den Füßen. Einmal flüchtet ich. Da verfolgte mich die Wiese mit einem Küchenmesser. Wenn das alles nichts half, sagte die Wiese den Herren: Sie sollen mir Gewalt antun. — Vors.: Gaben die Herren alle Geld? — Zeugin: Jawohl, das nahm stets die Wiese an sich. — Vors.: Kam es auch vor, daß Herren kein Geld gaben? — Zeugin: Jawohl, in diesen Fällen machte die Wiese furchtbaren Skandal und schlug mich. — Vors.: Zu den Herren, die sich auf die Anzeigen meldeten, gehörte auch Franck? — Zeugin: Jawohl. — Auf weiteres Befragen bekundet die Zeugin: Die Wiese habe sie auch gezwungen, in Gemeinschaft mit einem jungen Mädchen, Namens Fuß, sich der Straßen-Prostitution zu ergeben. — Vorsitzender: Hat Ihnen die Wiese nicht auch angeraten, sich auf St. Pauli ein Absteigequartier zu mieten? — Zeugin: Jawohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bleckwedel: Wenn es wahr ist, daß Ihre Mutter Sie geschlagen, zur Erde geworfen, an den Haaren gezogen, mit Füßen getreten hat u. s. w., weil Sie sich nicht preisgeben wollten, wie kam es, daß Sie kurz nach dieser Zeit von England aus an Ihre Mutter die zärtlichsten Briefe schrieben? — Zeugin (zögernd): Damals wußte ich noch nichts von den Kindern. — Verf.: Aber trotzdem ist es doch sehr auffällig, daß, wenn Ihre Erzählungen wahr sind, Sie Ihrer Mutter die zärtlichsten Briefe schrieben mit der steten Anrede: „Meine süße Mama". — Die Zeugin schweigt. — Der Vorsitzende verliest die erwähnten Briefe. Diese beginnen stets mit der Anrede: „Meine süße Mama". In den Briefen erkundigte sich die Berkefeld sehr angelegentlich nach einem Blonden, einem Franzosen und nach einem Herrn, dem sie oftmals nach Bremen geschrieben habe. — Vors.: Was war denn das für ein Blonder? — Zeugin: Das will ich nicht sagen. — Vorsitzender: Für diesen schienen Sie sich aber ganz besonders zu interessieren? — Zeugin (die Augen niederschlagend): Allerdings.

Der Vorsitzende hofft, am Sonnabend mit der Beweisaufnahme zu Ende zu kommen.

In der Sitzung am Sonnabend kamen verschiedene Fälle zur Sprache, die den Verdacht rechtfertigen, daß die Wiese auch ihren Mann habe beiseite schaffen wollen. Verschiedentlich hat er sich nach dem Essen unwohl gefühlt; einmal habe er nach der Rückkehr von der Arbeit erklärt, daß er den ihm mitgegebenen Kaffee untersuchen lassen wolle, da er vermute, daß Gift darin sei. Seine Frau habe ihm darauf die Flasche entrissen und den Inhalt weggeschüttet. Die Tochter der Wiese sagte aus, sie habe einmal den Schuhmacher Schröder zur Angeklagten sagen hören, sie möge doch ihren Mann vergiften, dann wolle er sie heiraten. Verschiedene Zeugen wissen von verdächtigen Redewendungen der Wiese zu berichten; so bekundet der Schuhmacher Schröder, daß sie erklärt habe, ihr Mann müsse unter die Erde; einmal habe er der Wiese für 20 Pfg. Quecksilber gekauft, womit sie ihren Mann vergiften wollte.

Parteinachrichten.

Ein Führer für den Militärpflichtigen ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Die für den Militärpflichtigen geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind in leicht überschlicher und allgemein verständlicher Weise, den allgemeinen Bedürfnissen entsprechend, dargestellt, so daß das Büchlein in allen einschlägigen Fragen leichte und sichere Auskunft bietet. In einzelnen Kapiteln behandelt der Verfasser:

— Von der Wehrpflicht — Das Musterungsgeschäft — Der Soldat im aktiven Dienst — Die Entlassung aus dem Heere — Der Dienst als Einjährig-Freiwilliger — Der Berufssoldat.

In dem Kapitel „Der Soldat im aktiven Dienst" sind auch die dem Soldaten zustehenden Rechte und die ihm obliegenden Pflichten (Kriegsartikel, Disziplinarstrafgewalt, Militärstrafgesetzbuch, Beschwerdeweg) behandelt, so daß sich alle, sowohl diejenigen, die zur Fahne eingezogen werden, als auch Reserve- und Landwehrleute aus der Brochüre Rat holen können. Der für Dienstuntauglich erklärte findet darin die wünschenswerte Aufklärung, warum er untauglich ist.

Die Brochüre kostet 30 Pfennig, ist in der Volksbuchhandlung zu haben und durch jeden Expedienten, Kolporteur oder Zeitungsausträger zu beziehen.

— Landwirte und Sozialdemokratie in Koburg-Gotha. In Gotha waren kürzlich eine große Anzahl Landwirte versammelt, um in Anwesenheit von Vertretern der Regierung des Großherzogtums über die Frage der Bildung einer Landwirtschaftskammer zu verhandeln. Dabei gerieten die Herren in eine schwierige Situation bei der Behandlung der Frage, wer als „Landwirt" anzusehen und demnach beitragspflichtig zu machen sei. Auf der einen Seite besteht das Bedürfnis nach recht viel Beitragspflichtigen, also nach Heranziehung auch der kleinsten Besitzer. Das birgt aber eine Gefahr in sich, deren Größe die gothaischen Herren Landwirte gewiß sehr gut kennen und die sie in beweglichen Worten schilderten: nämlich die Gefahr, daß dann Sozialdemokraten in die Kammer eindringen.

Ein Redner sagte, die Besitzer bis zu ½ Hektar sollte man nicht beitragspflichtig machen, denn die seien alle Sozialdemokraten. Ein anderer meinte sogar, die Besitzer bis zu 4 Hektar seien alle Sozialdemokraten, die solle man deshalb auslassen.

Dagegen wurde nun aber geltend gemacht, daß die Steuerkraft gewaltig abgeschwächt würde, wenn man so hoch gehen wollte. Die Möglichkeit einer sozialdemokratischen Mehrheit in der Landwirtschaftskammer sei schon erwogen worden, man wolle deshalb bis zwei Hektar gehen; höher zu gehen, sei unmöglich. Dann kam wieder ein ehemaliger Gemeindevorstand mit der Mitteilung, die Leute mit 10 Acker Land nach dem Walde zu seien alle Sozialdemokraten. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß sozialdemokratische Landwirte absichtlich zu dieser Zusammenkunft nicht eingeladen worden seien.

Beschlüsse konnten in dieser Frage nicht gefaßt werden, da diese Festsetzungen Sache der Gesetzgebung sind. Wir entnehmen jedoch aus den Bekenntnissen der Herren, die ja über die Verhältnisse der Landwirte einigermaßen unterrichtet sein dürften, mit Vergnügen das Zugeständnis, daß wir bei den kleinen Landwirten in Gotha schon einen recht starken Anhang haben. Und wir hoffen, daß er noch stärker werden wird; auch in anderen Landesteilen.

— Anstellung eines Parteisekretärs beantragt auch der Wahlverein Görlitz-Lauban, und zwar für den Bezirk der Wahlkreise Rothenburg, Sagan, Löwenberg, Grünberg, Glogau und Bunzlau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190410 11-15/fragment/page=0005

— **Zum Fall Emmel** faßte der Wahlverein in Mülhausen i. E. folgenden Beschluß: „1. Der Arbeiter-Wahlverein nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Bremer Parteitages, der dem Arbeiter-Wahlverein Mülhausen wegen der Weigerung, dem Genossen Emmel nach den Anschuldigungen des Weßbecher keine neuen Mandate mehr anzuvertrauen, die schärfste Verurteilung ausspricht. Der Arbeiter-Wahlverein stellt fest, daß in den Tagen, als jene Aufforderung an den Verein erging, die Anschuldigungen Weßbechers noch in keiner Hinsicht durch eine öffentliche Gerichtsverhandlung gerechtfertigt waren. 2. Die Parteigenossen Mülhausens verlangen die Vorlage des Materials, das außer den Weßbecherschen Anschuldigungen in dem Parteiarchiv nach den auf dem Parteitag gefallenen Aeußerungen gegen den Genossen Emmel noch vorhanden sein soll. 3. Nach den in privater Unterhaltung von dem Vorsitzenden der Kontrollkommission, Genossen Meister, dem Delegierten Mülhausens gegenüber gemachten Bemerkungen beruht ein Teil dieses Materials in der Annahme, der Genosse Emmel habe die durch die Vermittelung von Fräulein Heyl empfangenen 3500 Mk. nicht als privates Darlehen, sondern als Schenkung an die Partei in Empfang genommen. Nach Ausführung des bei den Gerichtsverhandlungen im Prozeß Brun aus Amerika zurückgekehrten Genossen Gerber, der zwischen Fräulein Heyl und dem Genossen Emmel in der Geldangelegenheit — hinsichtlich der ersten 1500 Mk. — unterhandelte, stellt die heutige Versammlung für die Oeffentlichkeit fest, daß das Geld ohne das direkte Zutun des Genossen Emmel diesem, um ihm aus der Not zu helfen, zur Verfügung gestellt wurde. An die Tatsache einer Unterschlagung von Parteigeld ist nach den eingehenden Darlegungen des Genossen Gerber in diesem Falle gar nicht zu denken. Der Arbeiter-Wahlverein hält zunächst für notwendig die Konfrontation von Fräulein Heyl mit dem Genossen Gerber in einer Konferenz, in welcher der Parteivorstand und die Kontrollkommission ebenso wie der Arbeiter-Wahlverein Mülhausen sich vertreten lassen möchten." Schließlich ging der Arbeiter-Wahlverein über den Antrag, daß Emmel unter den obliegenden Umständen seine öffentlichen Mandate niederlegen soll, zur Tagesordnung über.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **In der letzten Maifest-Nummer** der Chemnitzer Volksstimme war eine humoristische Erzählung veröffentlicht worden, in der ohne Angabe von Namen geschildert wurde, wie einige junge Burschen an einem öffentlichen Flaggenmast eine rote Fahne befestigt hatten und wie sich dann der Gemeindevorstand und einige Gemeinderatsmitglieder um die Entfernung der Fahne bemüht hatten. Die Erzählung war freie Erfindung. Indes waren Oertlichkeit und Personen als Modell gewählt worden, die existierten. Es fühlte sich der Gemeindevorstand Winkelmann in Mülsen St. Niklas getroffen und durch die Schilderung seiner Person und einiger Wendungen in der Erzählung beleidigt. Er stellte Strafantrag gegen den Verfasser, Weber Fritzsch, und den verantwortlichen Redakteur, Max Schneider. Das Gericht verurteilte Fritzsch zu 200 M. und Schneider zu 300 M. Geldstrafe.

§ **Allzu scharf macht schartig.** Als die Stadtverordneten von Ratibor beschlossen hatten, gegen bösartige Fortbildungsschüler die Prügelstrafe einzuführen, erschien in unserm Parteiorgan Volkswacht in Breslau hierüber ein Artikel, in welchem als Exekutoren der Prügelstrafe Unteroffiziere empfohlen werden, da diese mehrfach sich in dieser Tätigkeit erblickt, und das Landgericht Breslau verurteilte am sei. Hierin wurde eine Beleidigung sämtlicher Unteroffiziere erblickt, und das Landgericht Breslau verurteilte am 14. April den verantwortlichen Redakteur Friedrich Mehrlein zu der außergewöhnlich hohen Geldstrafe von 1000 Mk. — Auf die vom Angeklagten und vom Staatsanwalt eingelegte Revision hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Hervorgehoben wurde, daß die höchste zulässige Strafe nach § 185 600 Mark sei.

Gewerkschaftliches.

Die Maurer und Bauarbeiter in den Unterweserorten beschlossen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die Maurerorganisation geht geschlossen aus dem Kampfe hervor und wird zu gegebener Zeit wieder ihren Mann stellen. Das Unternehmertum kann nicht triumphieren, daß sein Wille, die Organisation zu sprengen, erfüllt ist. Die Arbeit soll einmütig aufgenommen werden.

Die Aussperrung der Berliner Tischler geht recht langsam vor sich. Bis Freitag abend waren erst 225 M. ausgesperrt. Die Bautischler-Innung hat es abgelehnt, sich an der Aussperrung zu beteiligen. In 49 von den 57 Werkstätten, die bisher ausgesperrt haben, sind insgesamt 550 Arbeiter beschäftigt. Die Herren Meister führen also ihre Beschlüsse sehr lax durch.

Eine Genossenschaft im Schneidergewerbe ist in Jena gegründet worden. Da es nach dem letzten dortigen Schneiderstreik im Frühjahr nicht zu einem die Gehilfen befriedigenden Friedensschluß kam, machten sich die Ausgesperrten als „Vereinigung der Schneider" selbständig. Seitdem sind Monate vergangen, die Firma hat den Beweis von ihrer Leistungs- und Lebensfähigkeit geliefert, und so konnte der schon anfangs gehegte Plan einer Genossenschaftsgründung verwirklicht werden. In diesen Tagen gelangten die Vorbereitungen zum Abschluß und es wurde die Genossenschaft Vereinigung der Schneider Jenas gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist „der Betrieb eines Geschäfts zur Anfertigung und Verkauf von Herren- und Damengarderobe und der Handel mit Kleidern und Kleiderstoffen, sowie aller Bedarfsartikel des Schneidergewerbes".

Den Generalstreik hält Genosse Wiesenthal in Berlin, wie er in einer Versammlung der Metallarbeiter ausführte, für ein geeignetes Mittel, den Ausschreitungen der Polizei gegen Streikposten entgegenzutreten.

Ausland.

Frankreich. In Marseille haben 5000 Docker die Arbeit wieder aufgenommen. Die Dampfer nach Algier und Korsika konnten ihre Fahrten wieder aufnehmen. — Die Offiziere und Maschinisten der Handelsmarine beschlossen in einer Versammlung, die Arbeit ebenfalls wieder aufzunehmen.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 7. Oktober.

Kleine Chronik. Der Arbeiter Hugo Venus, ein allerdings vorbestrafter Mann, hatte in seiner Not den Restaurateur Müller um einen Zechbetrag von 35 Pf. betrogen. Als er das Lokal verlassen wollte, glaubte er für den Zechbetrag sein Taschentuch dem Geschädigten zum Pfande übergeben zu können. Restaurateur Müller ließ aber die Polizei holen und den Mann wegen Zechprellerei festnehmen. Der Mensch wurde nun deshalb zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, von welcher Strafe 1 Monat auf die Haft in Anrechnung kam. — Die Witwe Friederike Weidenhammer von Landsberg lebt mit ihrer Hausnachbarin, der Witwe Fiedler, in Feindschaft. Eines Tages im August kam es im Waschhause zu einem großen Krach, bei dem die Weidenhammer ihre Nachbarin schwer bedrohte und dann mit einigen gefährlichen Wirtschaftsgegenständen auf sie losschlug. Eine andere Frau, die Frieden stiften wollte, bekam im Gedränge auch noch etwas mit ab. Das Gericht verurteilte die streitende Frau zu 40 M. Geldstrafe event. 8 Tagen Gefängnis.

Halle, 8. Oktober.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Zacke; Ankläger: Assessor Voigt.

In großer Not hatte sich der Bäckergeselle Albert Schröter am 27. August d. J. an fremdem Eigentum vergriffen. Er ist Familienvater von 6 Kindern im Alter von 1—12 Jahren und nahm, als er arbeitslos war und seine Kinder nach Brot schrieen, dem Amtsrat Nagel in Trotha einen Kastenwagen weg, um damit Geschäfte zu machen. Mit Rücksicht auf seine arme Familie bat er um eine mildere Strafe. Der Wagen war etwa 150 M. wert. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis und rechnete 1 Monat auf die Haft als verbüßt ab.

Wegen verschiedener Schwindeleien wurde der 25jährige Handlungsgehilfe Rudolf Lindenberg von hier antragsgemäß zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte sich hier eingemietet und mehrere Personen um Darlehen gebracht. — Wegen kleiner Zechprellereien, Beträge von 1.25 M. und 3.55 M., wurde der Drogist Johannes Sattler von hier zu der erheblichen Strafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Arbeiterfrau Pauline Michael erhielt 3 Monate Gefängnis, weil sie silberne Löffel gestohlen hatte. — Der Arbeiter Ferdinand Wagner hat einen Klemmer unterschlagen und wurde deshalb zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus dem Reiche.

Berlin. In die Affäre des „Grafen" Salviac alias Steffen ist auch ein vor kurzem aus dem Dienst entlassener Offizier Namens G. verwickelt und bereits verhaftet worden. Es erscheint jedoch fraglich, ob das eingeleitete Gerichtsverfahren über die Voruntersuchung hinauskommen wird. Angeblich hat der verhaftete Steffen mit Vorliebe mit Offizieren Geldgeschäfte gemacht und ist auf diese Weise auch mit G. in Berührung gekommen. Während Steffen sich kürzlich im Auslande befand, erfolgte eine anonyme Anzeige gegen ihn. Er glaubte aber wohl, daß man ihm nichts nachweisen könne und kehrte zurück, worauf er alsbald verhaftet wurde. Steffen ist bisher nicht nur wiederholt vom Untersuchungsrichter Hamel, sondern in seiner Gefängniszelle auch von einem Kriegsgerichtsrat vernommen worden. Gegen Steffen läuft übrigens noch ein Verfahren wegen Beihilfe zu verschiedenen Betrugsfällen.

Ostrowo. Der im Mai hier wegen Mordes verurteilte Wirt Josef Bi[illegible] aus Kuznika ist vom hiesigen Schwurgericht in der vom Reichsgericht angeordneten neuen Verhandlung freigesprochen worden.

Görlitz. Zwei Eisenbahn-Materialienverwalter in Landau wurden wegen Unterschlagung verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis übergeführt. Sie ließen einer Breslauer Altwarenhandlung, welche Eisenbahn-Altmaterial kauft, nach und nach 50 ungewogene und ungebuchte Waggons mit solchem Material zugehen.

Meiningen. Von der hiesigen Strafkammer wurde der 26jährige Lehrer A. Henze wegen widernatürlicher Unzucht an ihm anvertrauten Schulkindern in 26 Fällen zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre beantragt.

Ruhrort. Die hohe Steigerung der Bodenwerte besonders in den industriellen Bezirken illustriert wiederum recht deutlich der folgende Fall. Vor wenigen Jahren wurde der hiesigen Stadtverwaltung das Flora-Besitztum vergeblich zum Preise von annähernd 100000 M. angeboten. Heute verlangt der Eigentümer in runder Summe eine halbe Million. Unter diesen Umständen hat das Stadtverordnetenkollegium vorläufig von einem Kaufe Abstand genommen.

Osnabrück. Noch ein Leiter der Wach- und Schließgesellschaft verhaftet. Freitag wurde auch der nunmehrige Leiter der hiesigen Wach- und Schließgesellschaft, Frimler, verhaftet.

Düsseldorf. Das Schwurgericht verurteilte die drei Gebrüder Schwandtner wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus.

Köln. In den letzten Tagen wurden mehrfach Anschläge auf Berliner Schnellzüge meist oberhalb Elberfeld, nahe der Station Sonnborn, verübt. Während am Montag Schüsse abgegeben wurden, wurde Freitag abend gegen den Speisewagen des Berliner D-Zuges Nr. 32 ein schwerer Stein geschleudert, durch den der im Küchenraum beschäftigte Küchenchef schwer am Hinterkopf verletzt wurde, so daß er, notdürftig verbunden, alsbald beim Einlaufen des Zuges auf dem Kölner Hauptbahnhof in ärztliche Hilfe gegeben werden mußte.

Mannheim. Auf der Heimfahrt von Rudolfszell nach Iznang ertranken Freitag Abend sieben Arbeiter durch Umschlagen des Bootes im Bodensee.

Würzburg. Das Schwurgericht verurteilte den griechischen Konsul und Weingroßhändler Ott wegen Meineids zu 7½ Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

* **Der Sturm im Kanal** dauert fort. Auf der Höhe von Dieppe befindet sich ein russischer Dreimaster in großer Gefahr.

* **Schnee in den Alpen.** Im Gebiete der Allgäuer Alpen ist starker Schneefall eingetreten. Die Berge und Täler in der Höhenlage von 1200 Meter tragen bis einen Fuß Neuschnee. Die Höhe der Neuschneeschicht an der Säntishöhe erreicht 25 - 30 Zentimeter.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

Liaujang, 10. Okt. Der Stillstand in den Unternehmungen ist nur ein scheinbarer. Im Westen von Mukden ist die Stadt Sinmingting das Zentrum für die Bildung der Chungusenbanden, die die russischen Verbindungslinien bedrohen, während im Osten Kuroki innerhalb des Gebirges im weiten Umkreis eine feste Stellung einnimmt, die ihm zur Stütze für einen Angriff dienen soll. Die Ergänzung der japanischen Truppen, sowie die Zufuhr von Proviant und Munition vollzieht sich in größter Eile.

Mukden, 10. Okt. Kuropatkin ergreift die Offensive; die Bewohnerschaft siedelt nach Tienling über. Am Hunfluß fanden bereits Treffen statt. Eine Schlacht bei Mukden steht bevor. Kuroki bemüht sich, zahlreiche Truppen durch das Gebirge zu führen, um die Russen nach Tienling zurückzudrängen.

Wladiwostok, 10. Okt. Hier wird das Erscheinen der japanischen Flotte unter Kamimura an der Küste gemeldet. Einige russische Kauffahrer wurden bereits abgefangen.

Newyork, 10. Okt. Der Postdampfer Kalchus, der von Takoma nach England über Japan und China fährt, wurde von russischen Kriegsschiffen aufgehalten und nach Wladiwostok gebracht, wo die russischen Behörden die amerikanischen Postsachen öffneten, und viele Briefe zurückhielten, weil in ihnen für Japan wertvolle Nachrichten enthalten waren.

Tokio, 10. Okt. Aus Tschifu werden täglich Operationen der Japaner gemeldet, doch läßt die strenge Zensur der japanischen Depeschen und das Ausbleiben der Berichte von russischer Seite ein Resultat nicht erkennen.

Wien, 10. Okt. Die gestern in Prag und Brünn von den sozialistischen Arbeitern abgehaltenen Straßendemonstrationen fanden zu Gunsten der Einführung des direkten Wahlrechts statt. Für Donnerstag sind in ganz Mähren und Böhmen weitere Demonstrationen in Aussicht genommen.

Budapest, 10. Okt. Eine unter Kossuths Vorsitz abgehaltene Konferenz der Unabhängigkeitspartei beschloß, jedem Versuch Tiszas, die Redefreiheit und Widerstandsfähigkeit des Parlaments zu schmälern, den stärksten Widerstand entgegenzusetzen.

Paris, 10. Oktober. Oberst Roullin wurde gestern ersucht, sich beim Stadt-Kommandanten zu melden. Als er erschien, wurde ihm mitgeteilt, daß er verhaftet sei. Roullin wurde darauf in das Gefängnis überführt. Nachmittags wurden auch d'Autriche und Francois verhaftet. Sie sind der Fälschung angeklagt.

Detmold, 10. Oktober. Die hier gestern nachmittag abgehaltene Protestversammlung war von etwa 2000 Personen aller Stände besucht. Alle Redner waren einig in der schärfsten Verurteilung der durch das Telegramm des Kaisers hervorgerufenen Lage.

Koblenz, 10. Okt. Der Frühpersonenzug der neueröffneten Eisenbahnlinie Mayen—Koblenz entgleiste mit 4 besetzten Personenwagen. Personen wurden nicht verletzt.

München, 10. Okt. Das bayrische Zentrum beschloß die Einbringung einer Interpellation im Reichstag wegen des Kaisertelegramms.

Briefkasten der Redaktion.

G. Böttcher, Kauena. Ein Mietvertrag kann sowohl mündlich wie schriftlich abgeschlossen werden. Da Sie einen mündlichen Vertrag abgeschlossen, auch noch 3 Mark Draufgeld gegeben haben, so konnte der Wirt den Vertrag einseitig nicht aufheben. Nach § 336 des Bürgerl. Gesetzb. gilt das Draufgeld als Zeichen des Vertragsabschlusses. Läßt der Wirt Sie nicht einziehen, so können Sie sich zunächst auf seine Kosten im Gasthof einlogieren und auf Erfüllung des Vertrages klagen. Allerdings kann der Wirt am 1. Januar beim Einzug kündigen, so daß Sie am 1. April 1905 wieder ausziehen müssen.

Abonnent, hier. Eine Frau hat nie das Volksblatt verantwortlich gezeichnet. Wohl aber ist die Gattin unseres Genossen Fritz Kunert im Mai 1893 einige Tage lang in der Redaktion tätig gewesen.

H. B. in Gr. Der Schein wird nach Ihren Angaben ausgestellt. Lassen Sie in den bereits bezahlten Schein die Lederpantoffeln mit aufnehmen. Mehrkosten erwachsen Ihnen daraus nicht.

St in B. Der L. durfte die Gans nicht totschlagen. Er hat Ihnen Ersatz zu leisten, und Sie können ihn auch strafrechtlich zur Verantwortung ziehen.

Frau A. K. in A. Lassen Sie sich nach Ihrer Schätzung die von Ihrem Acker weggefahrene Menge Kartoffeln zurückgeben. Sie können außerdem Anzeige erstatten. Einen Prozeß wegen der Menge der Kartoffeln anzustrengen, ist nicht rätlich. Tun Sie das nur, wenn er Sie bei der Rückerstattung offenbar benachteiligt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord, Burgstraße 38), 7. Oktober.

Aufgeboten: Hilfswagenmeister Gaul und Hedwig Anton Burgstraße 12).

Eheschließung: Arbeiter Teubner und Berta Aehle (Große Wallstraße 2).

Geboren: Feldwebel Bretschneider T. (Göthestraße 22). Tischler Küßner S. (Burgstraße 65). Tischler Müller S. Liebenauerstraße 14). Maurer Linke S. (Triftstraße 20).

8. Oktober.

Aufgeboten: Arbeiter Brömme und Margarete Zorn Weißenburgstraße 6 und Pfännerhöhe 32).

Eheschließungen: Arbeiter Mehmel und Berta Kamm (Schulberg 1 und Advokatenweg 47). Arbeiter Hoffmann und Ida Schunke (Lettin und Lettinerstraße 3). Arbeiter Härtel und Margarete Gaul (Radewell und Gabelsbergerstraße 21). Bildhauer Becker und Elsbeth Hartwig (Unterberg 12 und Dessauerstraße 13). Eisendreher Groh und Anna Käßemann Liebenauerstraße 170 und Große Brunnenstraße 1). Aufseher Kaiser und Anna Detjen (Brödix und Rosenstraße 3). Aspirant Dauter und Marie Detjen (Friesenstraße 14 und Rosenstr. 3). Tapezierer Fuchs und Rosa Schmidt (Zietenstr. 31 und Eichendorffstraße 40). Diener Hemme und Ida Schumann (An der Universität 5 und Lafontainestraße 34). Stellmachermeister Klein und Emma Dießner geb. Große (Götschestraße 3 und Trothaerstraße 2). Postbote Jurke und Emilie Büttner (Thomasiusstraße 17 und Oppinerstraße 2). Eisendreher Schönig u. Klara Friedel (Trothaerstraße 36 und Petersbergstraße 2). Konditor Gützmann und Frida Gröger (Adolfstraße 5 und Lessingstr. 5). Former Haring und Emma Nagel (Große Gosenstraße 26 und Triftstraße 32). Post-Assistent Steglich und Katharina Engel (Saalfeld und Angerweg 10).

Geboren: Schlossermeister Häder Zwillinge (Hardenbergstraße 1). Klempner Reißel S. (Eichendorffstraße 7).

Gestorben: Bürstenmachers Kubander S., 5 T. (Am Kirchthor 27). Glasermeister Hüthel, 62 J. (Fleischerstraße 21).

Halle (Süd, Steinweg 2), 8. Oktober.

Aufgeboten: Eisendreher Grabs und Anna Conrad (Albert Schmidtstraße 1). Kaufmann Dathe und Emma Volta (Dzondistraße 6 und Charlottenstraße 2).

Eheschließungen: Bankbeamter Reich und Anna Albrecht (Zinksgartenstraße 1 und Königstraße 70). Mechaniker Becker und Lina Rhein (Schmiedstraße 33 und Spitze 7). Photograph Schröter und Olga Wölfer (Schmeerstraße 2 und An der Universität 1). Schlosser Kleemann und Hedwig Schlickeisen (Schillerstraße 39 und Anhalterstraße 7). Ingenieur Kaiser und Elise Hilpert (Wolfenbüttel und Hagenstraße 3). Zigarrenmacher Neumann u. Anna Hetzel (Lerchenfeldstr. 11). Arbeiter Standtmeister und Anna Kopf (Thomasiusstraße 16). Zigarrenmacher Finck und Marie Grzeskowiak (Wörmlitzerstraße 101 und Kellnerstraße 10b). Mechaniker Göhle und Lina Fuchs (Merseburg und Schlosserstraße 1). Schlosser Meißner und Martha Graf (Landsbergerstraße 56 und Landsbergerstraße 66). Tischler Kammler und Margarete Seiffert (Krausenstraße 21 und Krukenbergstraße 6).

Geboren: Arbeiter Schulze S. (Saalberg 7). Schlosser Georgi T. (Jakobstraße 43). Maurer Mädicke T. (Schmiedstraße 23). Arbeiter Wend S. (Jakobstraße 44). Musiker Kehling T. (Bernhardystraße 7a). Schmied Löwel T. (Merseburgerstraße 109). Schmied Schröter S. (Lerchenfeldstraße 12). Eisendreher Günther S. (Langestraße 26). Packer Dietrich S. (Mansfelderstr. 47). Steinsetzer Ebersbach S. (Wörmlitzerstr. 6). Bergarbeiter Rommel T. (Klinik). Arbeiter Jänicke S. (Charlottenstr. 13). Feuerwehrmann Krumbiegel S. (Steg 10).

Gestorben: Arbeiters Hemer T., totgeboren (Domplatz 8). Schlossers Georgi T., 3 Std. (Jakobstr. 43). Bergmanns Häßler Ehefrau, 32 J. (Klinik).

Quittung.

Dölau. Freiwilliger Beitrag durch Richter 5.20 Mk. Gr.
W., Harz. 1 Mk. zum Fonds des Blattes. Gr.

Verantwortlicher Redakteur Adolf Thiele in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041011-15/fragment/page=0006